

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

11. Sitzung
15. September 2022

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 11.51 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0020](#)
Berlin: Stadt der Verbraucher:innen UVK
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0048](#)
Berliner Verbraucher*innen vor Beginn der UVK
Heizperiode verstärkt beraten: Planungen der
Verbraucherzentrale bei Energiearmut,
Energieschulden und Energierecht
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Markus Tielke, Leitung der Abteilung VII Verbraucherschutz, Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, anwesend. – Herzlich willkommen! Als Anzuhörende begrüße ich nochmals ganz herzlich in alphabetischer Reihenfolge Frau Elisabeth Grauel, Projektleiterin Energieschuldenberatung Verbraucherzentrale Berlin e.V. – VZ –, Frau Petra Hegemann, Bereichsleiterin Recht und Beratung, Verbraucherzentrale Berlin e.V., und Frau Annette Jensen, Mitglied im Sprecherinnen- und Sprecherkreis des Ernährungsrats Berlin e.V. Dass wir zwei Personen derselben Institution haben, ist eine Ausnahme. Die Koalitionsfraktionen und Oppositionsfraktionen waren sich darüber einig, dass zwei Personen eingeladen werden sollen, weil wir unter Tagesordnungspunkt 3 a und b unterschiedliche Themenbereiche haben. Ich will, liebe Anzuhörende, Sie darüber informieren, dass Sie fünf Minuten Zeit für einen Input haben, dann werden wir die erste Runde haben, in der Fragen gestellt, aber auch Kommentare vonseiten der Abgeordneten und des Senats getätigt werden können. Ich darf feststellen, dass auch Sie, die Anzuhörenden, mit der Liveübertragung der Sitzung einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken. Danke! Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll angefertigt werden soll. – Ja, dann verfahren wir so. Ist eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu Tagesordnungspunkt 3 a durch die Koalitionsfraktionen erwünscht? – Das ist der Fall. Ich erteile Frau Haußdörfer der SPD-Fraktion das Wort. – Bitte schön!

Ellen Haußdörfer (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Anzuhörende, aber auch liebe Ausschussmitglieder! Vielen herzlichen Dank, dass es beim letzten Mal geklappt hat, das Thema Verbraucherschutz insbesondere für die nahende kalte Jahreszeit in den Mittelpunkt zu stellen. Verbraucherschutz ist ein sehr weites Thema. Wir haben auch sehr viele Akteure auf dem Markt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute hier sind, weil die Lebensmittelsicherheit und -qualität, Unterwegssein im Netz, Vertragsberatungen – besonders wichtig finde ich immer noch die Pfleregerechtsberatung, die wir unter anderem anbieten – alles wichtige Dinge sind, die die Verbraucherinnen und Verbraucher in dieser Stadt besonders interessieren und die auch die Beratungsangebote besonders annehmen.

Dennoch wollen wir vor Beginn der Heizperiode insbesondere das Thema des Energieverbrauchs bemühen, weil die Energiepreise nicht nur Lebenshaltungskosten sind, sondern sie sind für uns auch Lebenserhaltungskosten. Wenn das für den einen oder anderen etwas merkwürdig war, am Anfang Lebensmittel, Ernährung und Energie in den Mittelpunkt zu rücken, haben diese eine besondere Bedeutung und eine besondere Verbundenheit. In der Zeit von steigenden Preisen und knappen Ressourcen rückt dieser Themenkomplex Energieberatung, Energierechtsberatung und vor allem auch die Energieschuldenberatung in den Mittelpunkt. Neben den alltäglichen Ängsten und Befürchtungen, die wir tagtäglich über die Medien, aber auch in Form des Briefkastens über Erhöhungen von Vorauszahlungen oder Grundlagenermittlungen bekommen, ist das Thema immer noch sehr wichtig. Deshalb soll es hier im Ausschuss bekannter gemacht werden.

In Zeiten von knappen Kassen, wenn Herstellungskosten für ein Produkt immer weiter steigen, ist es auch die Frage, wer sich das wie leisten kann, und wie die Produkte, die wir herstellen, besser genutzt werden können, damit keine Verschwendung dieser Produkte stattfindet und die Abnehmerinnen und Abnehmer, nämlich die Verbraucherinnen und Verbraucher, den Schutz erfahren, den sie verdienen. Deshalb ist auch das Thema der Lebensmittelkosten und die damit einhergehende Herausforderung der entsprechenden Ressourcennutzung für uns heute besonders im Fokus, und uns interessiert insbesondere die Expertise des Ernährungsrats hierzu. Wir fragen Sie, welche Entwicklung Sie sehen und feststellen. Welche Ideen und welche Angebote gibt es zu den steigenden Bedarfen in dieser Stadt?

Was ich immer noch wichtig finde: Wir hören immer alle das Thema der steigenden Energiekosten und der steigenden Rückzahlung. Wir haben die ersten Beispiele, wo zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften auf eine freiwillige höhere Zahlung abgehen, damit die Mieterinnen und Mieter im Frühjahr vielleicht nicht nur böse erwachen, sondern auch mit den Rückzahlungen umgehen können. Trotz alledem stelle ich fest, dass viele, die zum Beispiel zu mir ins Wahlkreisbüro kommen, mit denen wir als Abgeordnete tagtäglich in Kontakt stehen häufig doch nicht ganz genau wissen, an wen sie sich wenden können, was auf sie zukommt und mit welchen Instrumenten man dieser Angst und dieser Entwicklung entgegentreten kann. Deshalb freuen wir uns auf die Anhörung und sind auf das, was Sie zu berichten haben, und auch auf die Fragen des Ausschusses gespannt. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Haußdörfer! – Bezüglich der Begründung des Besprechungsbedarfs zu Tagesordnungspunkt 3 b stelle ich die Frage, ob dieser Bedarf besteht. – Nein! Gut, dann frage ich die Senatsvertreter, ob eine einleitende Stellungnahme des Senats gewünscht ist. – Das ist der Fall. Herr Kamrad hat das Wort. – Bitte!

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an den Ausschuss, dass Sie diesen Termin zu diesem wichtigen Thema gerade in diesen Zeiten möglich gemacht haben. Ich werde versuchen, das ganz große Thema ein bisschen zu sortieren, was nicht ganz leicht ist. Insofern bitte ich um Nachsicht, dass ich bestimmte Dinge nicht erwähnen werde. Ich werde einleitend in paar Worte zum allgemeinen Verbraucherschutz in dieser Stadt sagen, dann zum Thema Ernährung, weil eine Vertreterin des Ernährungsrat da ist und es Thema der Anhörung ist, und selbstverständlich zu dem Thema Energie, Energiesparen, Energieschulden, was uns, glaube ich, in diesen Tagen ganz besonders umtreibt.

Grundsätzlich kann man zum allgemeinen Verbraucherschutz sagen, dass ein Schwerpunkt der Tätigkeit in dieser Legislatur die im Koalitionsvertrag und in den Richtlinien der Regierungspolitik vorgesehene Erweiterung der Verbraucherzentrale Berlin auf einen zweiten festen Standort im Ostteil der Stadt ist. Bisher war die Beratung in Tempelhof im Westen der Stadt, was für Leute im Osten dieser Stadt oftmals zu Erschwernissen und längeren Wegen führte. Die Lösung, die wir bisher anbieten konnten, waren mobile Beratungen im Ostteil der Stadt. Dieses Angebot werden wir auch weiterhin anbieten, allerdings ist darüber hinaus – das haben wir auch im 100-Tage-Programm des Senats verankert – eine feste Beratung im Ostteil der Stadt geplant. Ich weiß nicht, ob die Kollegin der VZ nachher weiter darauf eingeht, und ich möchte Ihnen kein konkretes Objekt nennen, aber wir reden derzeit von einer Shortlist von mehreren geeigneten Projekten im Ostteil dieser Stadt, von denen das priorisierte auch sehr nahe an unsere Vorstellungen vor allem bezüglich der Erreichbarkeit mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln kommt. Dort wird das allgemeine Verbraucherschutzangebot, was es auch in allen anderen Bereichen der VZ gibt, angeboten – Rechtsberatung etc.

Ich möchte an der Stelle schon einmal präventiv hinweisen, dass eine Erweiterung des mobilen Angebots begleitend zumindest in diesem Doppelhaushalt mit den dafür vorgesehenen Mitteln nicht möglich ist. Wir werden eventuell Änderungen am mobilen Angebot vornehmen. Dadurch, dass wir an der noch zu benennenden Stelle einen festen Standpunkt haben, kann es sein, dass wir die mobilen Standpunkte entsprechend anpassen, damit die Abdeckung gut ist, aber eine Ausweitung der mobilen Standorte im Rahmen des jetzigen Doppelhaushalts würde nicht mehr funktionieren.

Ansonsten ist ein weiterer Schwerpunkt unseres wirtschaftlichen Verbraucherschutzes der Bereich digitale Welt. Hier werden die 22 aufgenommenen und bewährten Projekte der Deutschen Gesellschaft, Stichwort „Too much information“, insbesondere auch mit dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg – TBB –, also die DigiPros als Datenschutzlotsen fortgesetzt. Da geht es vor allem darum, dass wir Schülerinnen und Schülern den sicheren Umgang mit Daten in der digitalen Welt ermöglichen. Einen ähnlichen Fokus hat auch das Projekt „DigiMee[h]r“, da wird eine Verstetigung angestrebt, aber wir sind noch in Gesprächen mit der VZ und dem Club Dialog.

Die Verbraucherinnen- und Verbraucherberatung der Geflüchteten ist weiterhin ein Schwerpunkt. Ein Projekt, das ich nennen will, ist das Projekt „Aufgeklärt und informiert – Verbraucherinnen- und Verbraucherschutz im Quartier“ des Türkischen Bunds Berlin-Brandenburg in Marzahn, das wir fortsetzen werden.

Ansonsten möchte ich im Bereich der Transparenz – da kann ich schon fast an das Thema Ernährung anknüpfen – darauf hinweisen, dass wir gerade in einer Abstimmung der Durchführungsverordnung für das Lebensmittelüberwachungstransparenzgesetz sind, das am 1. Januar 2023 in Kraft treten wird und die Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher gerade in Bezug auf gastronomische Angebote weiter erhöhen wird.

Ich komme kurz zur Ernährung und dann zur Energie, dann bin ich auch schon mit meinen Ausführungen fertig. Wir haben 2018 mit einem Beteiligungsprozess die Ernährungsstrategie in Berlin gestartet. Wir waren damit das erste Bundesland, das seine eigene Ernährungsstrategie aufgesetzt hat. Wir nehmen mit großer Freude zur Kenntnis, dass nicht nur unser Nachbarland Brandenburg eine eigene Ernährungsstrategie vorbereitet, sondern sich auch der Bund

auf den Weg gemacht hat. Mit beiden genannten Akteuren sind wir schon in Gesprächen, um die unterschiedlichen Strategien optimal zu verzahnen.

Wir haben in unserer Ernährungsstrategie acht Handlungsfelder, von denen ich auf drei explizit eingehen will. Das eine ist die Gemeinschaftsverpflegung mit unserem Flaggschiffprojekt – so nenne ich es mal – Kantine Zukunft, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Ernährung in den Gemeinschaftsküchen dieser Stadt auf eine sehr niedrigschwellige Art und Weise zu verbessern. Hier geht es uns darum, dieses Angebot auszubauen und zu verstetigen. Das hat einerseits den Aspekt der besseren Ernährung, aber hat andererseits aus unserer Sicht auch einen sozialen Aspekt, weil gerade die Gemeinschaftsverpflegung in einer Großstadt der Bereich ist, wo man große Mengen von Menschen, vielleicht auch die, die sich sonst nicht tagtäglich mit dem Thema Ernährung auseinandersetzen, gut erreichen kann.

Wir sind mit der Bildungsverwaltung in Gesprächen zum Thema Ernährungsbildung. Ich war beispielsweise – und da kommen wir zu einem weiteren Schwerpunkt Lebensmittelverschwendung – diese Woche mit einer Berliner Kita beim Projekt „Restlos glücklich“ und durfte dort aus einem von uns geförderten Buch vorlesen, wo auf sehr angenehme, spielerische Art und Weise den Kindern direkt vermittelt wird, warum man Bananen und Äpfel nicht in die gleiche Schale legen sollte. Ein trivialer Hinweis, der aber bei der Verschwendung von Lebensmitteln am Ende einen relativ großen Einfluss haben kann, wenn die Bananen plötzlich ganz braun sind. Mit solchen niedrigschwelligen Angeboten versuchen wir da reinzugehen.

Etwas, was mir sehr am Herzen liegt und was auch im Koalitionsvertrag verankert ist, ist die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten. Hier muss ich aber auch anmerken, dass das etwas ist, wo wir in der konkreten Operationalisierung noch viel Potenzial haben, wo wir alle – ich sage mal – gute Vorhaben haben, die nicht ganz einfach umzusetzen sind. Aus meiner Sicht sind die in Brandenburg eingeführten Siegel ein Hebel, die es uns hier erlauben können, gegebenenfalls in unserer Gemeinschaftsverpflegung verstärkt auf Produkte aus der Metropolregion Berlin-Brandenburg zu setzen.

Wir werden für Ende 2023 den Aktionsplan 2.0 unserer Ernährungsstrategie vorlegen. Wir sind auch in Gesprächen – da freue ich mich sehr auf den Beitrag des Ernährungsrats – über einen Ernährungscampus. Wir sprechen auch mit den anderen Verwaltungen, beispielsweise habe ich mich erst in der letzten Woche mit dem Kollegen aus der Wirtschaftsverwaltung zum Masterplan Großmarkt auseinandergesetzt, weil das ein Baustein sein kann, in weiteren Entwicklungen von Standorten, wo wir für gute Ernährung propagieren – das dazu.

Abschließend würde ich gerne etwas zum großen und brennenden Thema der Energieschuldenberatung und Energie sagen. Ich möchte es ein bisschen aufbohren. Es geht aus meiner Sicht um eine Energiesparberatung, Energiebudgetberatung – da wird die Kollegin von der VZ sicherlich gleich etwas dazu sagen – und Energieschuldenberatung. Die Nachfrage ist schon jetzt deutlich gestiegen. Frau Haußdörfer hat darauf hingewiesen, dass wir alle tagtäglich mit den ersten Signalen konfrontiert sind. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir uns alle darauf einstellen müssen, dass die große Welle noch kommt, weil viele Verbraucherinnen und Verbraucher in dieser Stadt ihre Nebenkostenabrechnung beispielsweise erst Anfang nächsten Jahres irgendwann im Frühjahr bekommen werden. Die Erhöhungen der Versorger trudeln langsam ein, aber insbesondere der Zeitverzug bei den Mieterinnen und

Mietern ist etwas, was durchaus kritisch sein kann, weil Menschen mit einer Nachzahlung konfrontiert werden, wenn sie eigentlich kaum noch Raum zur Anpassung haben.

Insofern ist es uns ein Anliegen, immer wieder darauf hinzuweisen, dass dieser Beratungsbedarf besteht. Wir sind auch dem Abgeordnetenhaus dankbar, dass Sie uns die Mittel für die Verbraucherinnen- und Verbraucherberatung an der Stelle erhöht haben. Ich möchte an der Stelle auch nicht versäumen, dass die große Herausforderung derzeit ist, dass im Bereich Energiesparen und Energieschuldenberatung der Markt an guten Beraterinnen und Beratern im Prinzip leergefegt ist. Wir stehen ein bisschen vor der Frage, wie wir dieses Angebot in sehr kurzer Zeit sehr schnell ausbauen können. Ich bin, wenn man diese Herausforderung vorneweg setzt, meiner Verwaltung – das möchte ich an der Stelle ausdrücklich sagen – sehr dankbar, dass es ihr in sehr kurzer Zeit nach Beschluss des Doppelhaushalts gelungen ist, dass wir die uns zur Verfügung stehenden erweiterten Mittel zu einem erklecklichen Teil schon insofern so umsetzen konnten, als dass wir mit den entsprechenden Projektträgern schon Vereinbarungen haben. Wir werden mit der Verbraucherzentrale die Energiebudgetberatung, zu der es sicherlich gleich Ausführungen gibt, in diesem Jahr mit 32 000 Euro und im nächsten Jahr mit 100 000 Euro finanzieren. Wir haben uns mit der Caritas verständigt, dass wir uns im Rahmen ihres sehr erfolgreichen Stromsparchecks am neu zu gründenden Standort Lichtenberg engagieren werden – in diesem Jahr mit 65 000 Euro und im nächsten Jahr mit etwas über 200 000 Euro. Wir sind mit dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg in Gesprächen für nächstes Jahr, ab Anfang des Jahres über einen Betrag von 100 000 Euro und mit dem Club Dialog in Gesprächen über eine ähnliche Summe. Hier geht es um Angebote in Russisch, Ukrainisch, respektive Türkisch, um auch diesen Bevölkerungsgruppen den erhöhten Beratungsbedarf zu gewährleisten.

Das war in der Kürze der Zeit eine durchaus ambitionierte Aktion, insofern sind wir ganz froh, dass wir da erste Erfolge melden können. Wir haben in der vorletzten Sitzung eine Vorlage durch den Hauptausschuss gebracht, die uns erlaubt, 100 000 Euro aus dem bereits eingestellten Geld für Informationskampagnen und digitale Angebote umzuwidmen. Da bereiten wir gerade die Ausschreibung vor.

Derzeit – und damit möchte ich fast zum Schluss kommen – laufen Gespräche über ein Berliner Entlastungspaket, in dessen Rahmen wir über einen Härtefallfonds und verstärkte Angebote für Verbraucherinnen und Verbraucher sprechen werden. Davon sollten aus unserer Sicht möglichst viele Angebote mit einer Verbraucherinnen- und Verbraucherberatung wahlweise zu Schulden, Budget oder Sparen verbunden sein. Nichtsdestotrotz muss ich an dieser Stelle transparenzhalber auch hinweisen, dass es unsere gemeinsame Aufgabe der nächsten Monate sein wird, Angebote zu entwickeln, wie wir den erhöhten Beratungsbedarf befriedigen und skalieren können und dass wir – das muss man auch sagen – gegebenenfalls auch bereit sein müssen, bei der Beratungstiefe Abstriche zu machen, wenn wir ganz viele Menschen erreichen wollen. Da sind auch für uns noch viele Fragen offen, aber wir sind auf den Weg, in den nächsten Monaten hoffentlich gute Lösungen auf den Weg zu bringen. Für jetzt freue ich mich sehr, dass es mit den bereits zugesagten Mitteln des Abgeordnetenhauses gelungen ist, diese zu einem großen Teil in aktuelle Beratungsprojekte und deren Aufstockung umzusetzen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Staatssekretär Kamrad! – Wir kommen nun zu der Anhörung. Ich möchte den Anzuhörenden das Wort geben und Sie bitten, ihre Stellung-

nahme wie vorhin gesagt, auf fünf Minuten zu beschränken. Im Anschluss haben Sie die Möglichkeit, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. In der Anhörung beginnt in der alphabetischen Reihenfolge Frau Hegemann, Frau Grauel und Frau Jensen. – Frau Hegemann, Sie haben das Wort!

Petra Hegemann (Verbraucherzentrale Berlin e.V. – Recht und Beratung): Ich würde zweimal für uns sprechen, weil ich gedacht habe, dass wir zu zwei Punkten geladen sind, also haben wir zweimal fünf Minuten. Frau Grauel ist dann für Rückfragen hier.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ja, Sie werden zweimal fünf Minuten Zeit haben.

Petra Hegemann (Verbraucherzentrale Berlin – Recht und Beratung): Ich komme zuerst zu Tagesordnungspunkt 3 a – es sind ja a und b. Erst einmal vielen Dank für die Einladung! Sehr geehrter Herr Dr. Altuğ! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Kamrad! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Karcher! Frau Elß, unsere Vorständin wäre sehr gerne heute hier gewesen, sie ist aber zeitgleich beim Arbeitskreis der Verbraucherzentralen. Die haben heute Morgen das gleiche Thema Energie auf der Agenda. Das ließ sich nicht mehr ändern; sie bedauert das sehr. Deswegen vertrete ich sie heute hier. Zum ersten Punkt, der etwas offen gestaltet ist, habe ich eine kleine Präsentation mitgebracht, die ist auch eingebildet.

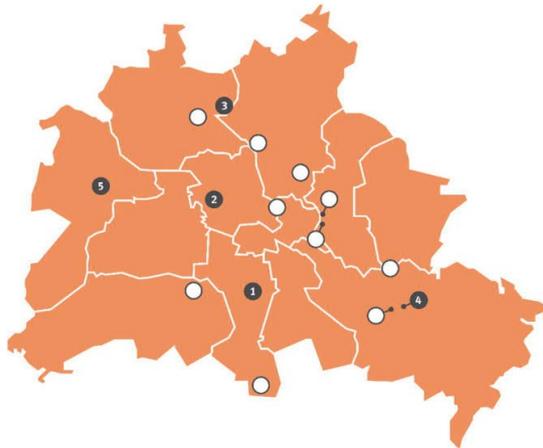
UNABHÄNGIGER RAT FÜR BERLIN



- seit 7 Jahrzehnten verlässlich an der Seite der Berliner Verbraucher*innen
- Beratung, Aufklärung, Information und Prävention
- Ständige Anpassung der Angebote an die Bedarfe

Die Verbraucherzentrale begleitet die Berlinerinnen und Berliner im nächsten Jahr 70 Jahre mit Rat und Tat zu allen ihren Fragen. Wir machen nicht nur Beratungen, sondern auch Aufklärung, Information und ganz viel Präventionsarbeit. Es ist schon in unserer DNA so angelegt. In den 70 Jahren mussten wir unsere Angebote ständig anpassen. Ich würde in diesem ersten Abschnitt erst einmal das Thema Energieschulden und Energierecht rauslassen, weil wir im zweiten Abschnitt vertieft darauf eingehen wollten und uns im ersten Abschnitt den anderen Problemen und Themen widmen.

VERNETZT IN DER HAUPTSTADT



- 1 Verbraucherzentrale Berlin**
Hauptstandort
- 2 Quartiersbüro der Verbraucherzentrale Berlin**
 - „Verbraucher stärken im Quartier“
 - Rundfunkbeitragsberatung
 - Energieschuldenberatung
- 3 GESOBAU-Nachbarschaftsetage**
 - Energieschuldenberatung
- 4 My Way Soziale Dienste**
 - Allgemeine Rechtsberatung
- 5 Klimawerkstatt Spandau e. V.**
 - Energiesparberatung

© 2022 Verbraucherzentrale Berlin e. V. 26. September 2022 3

verbraucherzentrale Berlin

Wir sind – zum Thema Stadt der Verbraucherinnen und Verbraucher – in der Stadt schon sehr gut vernetzt. Wir sitzen inzwischen zwar in Tempelhof, aber wir haben an anderen Orten der Stadt ganz viele Beratungsstellen, zum Beispiel auch einen kleinen Standort, der im Moment noch vom Bund finanziert wird, in Moabit, wo wir auch Beratungen anbieten, aber wir bieten die Energiesparberatung und die Energieschuldenberatung an verschiedensten Stellen an. Was Herr Kamrad schon gesagt hat, ist, dass wir unsere Beratungsanstrengungen im Ostteil der Stadt verstärkt haben und werden dort hoffentlich Anfang des nächsten Jahres einen neuen Standort eröffnen. Wir sind da relativ konkret in der Besprechung passender Objekte und werden dann die mobile Beratung zwar nicht ausbauen können, aber ein bisschen weiter in den Osten verlagern, weil wir dann dort den Standort haben. Das heißt, wir werden dort ein bisschen weiter in die Peripherie gehen können, was auch für Sie, Herrn Freymark, vielleicht ganz interessant ist. Verschiedene Standorte waren angedacht. Wo es konkret ist, kann ich noch nicht sagen, weil wir noch keinen Mietvertrag unterschrieben haben; wir sind noch in Diskussionen.

GEMEINSAM BERLINER VERBRAUCHER*INNEN STÄRKEN



Berlin is(s)t klimafreundlich
Lebensmittel und Ernährung
ZuHaus in Berlin
Wirtschaftlicher Verbraucherschutz



Pflegerechtsberatung

Wir sind zwar in diesem Ausschuss neu, aber wir sind in der dazugehörigen Senatsverwaltung nicht neu. Wir haben schon andere Projekte mit dieser Senatsverwaltung umgesetzt, zum Beispiel „Berlin is(s)t klimafreundlich“, auch das Projekt „ZuHaus in Berlin“, was aus dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm finanziert ist, und sind mit unseren Projekten Lebensmittel und Ernährung und wirtschaftlicher Verbraucherschutz rübergekommen.

Zu Lebensmitteln und Ernährung sage ich heute nicht so viel. Zum einen ist meine Expertin Frau Schauls [phonet.], zum anderen ist der Ernährungsrat für die wichtigsten Fragen da. Was wir sagen können, ist, dass die Leute preissensibler werden. Wir haben viel mehr Beschwerden zum Beispiel zu Differenzen zwischen Preisen am Regal und den Preisen, die an der Kasse abgezogen werden, was früher nicht unbedingt aufgefallen ist. Man muss hier darauf achten, dass Leute, die besonders wenig Geld haben, vielleicht nicht auf absolute Grundnahrungsmittel umsteigen, das sind nicht immer die gesündesten oder allergünstigsten Lebensmittel. Da haben wir heute mit Frau Jensen die Expertin hier.

Wir haben mit der Pflegerechtsberatung ein weiteres wichtiges Projekt – die ist in diesem Ausschuss vielleicht nicht ganz richtig, aber ich würde Sie trotzdem gerne ein bisschen für die Probleme sensibilisieren. Wir haben mit den steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen und den zum Glück jetzt auch steigenden Tariflöhnen und Mindestlöhnen in der Pflege dort ein großes Problem, was nur eine kleine Gruppe von Menschen in Berlin betrifft, aber dafür sind es sehr beeindruckende Größenordnungen. Menschen, die im Heim oder auch in der am-

bulanten Pflege leben, sind mit extremen Kostensteigerungen konfrontiert. Das sind teilweise bis zu 50 Prozent, die das hochgeht. Das können auch 1 000 Euro im Monat sein. Das heißt, wir wissen das noch nicht so genau. Teilweise laufen die Verhandlungen noch, das sind ja keine freien Preisgestaltungen, sondern die Krankenkassen, die Träger und die Leistungserbringer sind miteinander in Verhandlung. Es sind aber schon viele Verhandlungen abgeschlossen, und da kommen extreme Kostensteigerungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher zu. Da wird man sehen, wie sich das entwickelt. Der Beratungsbedarf an der Stelle ist jedenfalls sehr hoch.

AKTIV FÜR BERLINER VERBRAUCHER*INNENRECHTE



- SuperFit Sportstudios
- Berliner Sparkasse
- GASAG

HILFE BEI ABIBALLVERTRÄGEN

© 2022 Verbraucherzentrale Berlin e. V. 26. September 2022 5

verbraucherzentrale Berlin

Wir sind neben der Beratung auch sonst aktiv für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir unterstützen den Bundesverband, die Musterfeststellungsklagen durchzuführen, bei drei Musterfeststellungsklagen, die für Berlin besonders interessant sind. Das eine sind die SuperFit Sportstudios, das haben wir letzte Woche gewonnen, sodass die Verbraucherinnen und Verbraucher, die trotz des BGH-Urteils von diesem Fitnessstudio immer noch nicht ihre Gelder für die coronabedingten Schließzeiten zurückbekommen hatten, jetzt endlich ihr Geld zurückbekommen. Wir informieren die Verbraucher auch über die Klagen gegen die Sparkasse – da geht es um die Kontoführungsgebühren –, und gegen die GASAG, wo es um die unterschiedlichen Kosten in der Ersatz- und Grundversorgung. Darauf können wir im zweiten Teil eingehen, wenn es Fragen gibt.

Im letzten Jahr haben wir ein Anliegen der Berliner Schülerschaft aufgenommen, die sich auch an das Abgeordnetenhaus gewandt hatten. Da ging es um die Abiballverträge. Da haben

wir ein Thema aus der Stadtgesellschaft aufgenommen, haben eine Aufklärungskampagne gefahren und werden weiteres Informationsmaterial bereitstellen.

**VERBRAUCHERSCHUTZ
NACH MASS**

PODCASTS
www.vz-blm.de/nachgehakt

MUSTERBRIEFE
www.vz-blm.de/musterbriefe

BERATUNG
www.vz-blm.de/beratung-be

ONLINE-TOOLS
www.vz-blm.de/online-tools

BUCHBARE VORTRÄGE
www.vz-blm.de/buchbare-vortraege

VERANSTALTUNGEN
www.vz-blm.de/veranstaltungen

WEB-SEMINARE
www.vz-blm.de/web-seminare

© 2022 Verbraucherzentrale Berlin e. V. 26. September 2022 6 **verbraucherzentrale** Berlin

Unser Portfolio geht aber darüber hinaus. Wir haben ganz viele Informationen auf unseren Internetseiten, zum Beispiel auch einen Musterbriefgenerator, den hier gerne noch einmal unterstreichen möchte. Da können Verbraucherinnen und Verbraucher zu verschiedensten Themen Musterbriefe auf ihre Situation anpassen, und wir versuchen zu neuen Themen möglichst schnell neue Musterbriefe zu entwickeln. Wir haben weitere Legal Tech Tools, zum Beispiel das Inkassotool, mit dem Leute, die mit einer Forderung eines Inkassounternehmens konfrontiert werden, diese online überprüfen können. Wir machen auch ganz viel mit Vorträgen – Onlinevorträge, Vorträge vor Ort und bei Veranstaltungen. Wir waren vor zwei Wochen in Schöneberg auf dem Rathausfest. Das war sehr interessant. Wir hatten uns auf extrem viele Energiefragen eingestellt, und es kam keine einzige Energiefrage. Das bestätigt noch einmal das, was Herr Kamrad oder Frau Haußdörfer gesagt hat, dass es noch ein bisschen dauern wird, bis das bei den Leuten richtig angekommen ist.

PERSPEKTIVEN FÜR DEN VERBRAUCHERSCHUTZ IN BERLIN



- Ausblick neuer Standort im Ostteil der Stadt
- Langfristige Finanzierungsperspektive für die Verbraucherzentrale
- Verbraucherpolitische Strategie

Beim Ausblick ist der neue Standort für uns vielleicht das Wichtigste. Dann sind wir sehr froh, dass wir durch die Verpflichtungsermächtigung eine langfristige Finanzierungsperspektive bekommen. Es ist für uns auch immer schwerer, neues Personal zu bekommen. Wir freuen uns total über neue Projekte, das ist auch wirklich wichtig für die Verbraucherinnen und Verbraucher, neue Angebote zu schaffen, aber es dauert immer länger, die Leute dafür zu finden, die wir brauchen, um das umzusetzen. Deswegen dauert es länger, solche Projekte zu starten. Man muss auch sagen, dass wir immer mehr Berufsanfänger bekommen, sodass sich auch die Einarbeitungszeiten und so verlängern.

Was wir auch noch auf der Agenda haben und wo wir gerne in einen Dialog eintreten wollen, ist eine verbraucherpolitische Strategie, die auch geplant ist. Wir sind immer am Puls der Verbraucher dran, aber diese Diskussion mit der Politik, wo es hingehen soll, wer die Zielgruppen sind, was die Ziele im Verbraucherschutz sind, wären für uns auch sehr spannend. Daran würden wir uns gerne beteiligen. – Jetzt freue ich mich auf den Austausch dazu mit Ihnen, aber so wie ich das verstehe, ist erst einmal Frau Jensen an der Reihe und dann ich noch zur Energie. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Frau Hegemann! Das entscheiden wir. Sorry! – [Petra Hegemann (Verbraucherzentrale): Entschuldigung!] – Kein Problem! In der Reihenfolge wäre die noch Verbraucherzentrale an der Reihe.

Petra Hegemann (Verbraucherzentrale Berlin – Recht und Beratung): Dann fahre ich direkt fort: Im Energiebereich kann man sagen, dass wir schon vor der aktuellen Krise einen hohen Beratungsbedarf hatten. Daher hatten wir schon immer ein differenziertes Angebot: Energiesparen, Energierecht und Energieschulden sind bei uns unterschiedliche Projekte, bzw. unterschiedliche Kolleginnen und Kollegen, die das machen.

Der Bedarf im Bereich Energiesparen ist im Moment so hoch, dass wir mit den Kapazitäten gar nicht hinterherkommen. Wir hatten am Anfang mehr Probleme, die Leute in die Energiesparberatung zu bekommen, aber zurzeit ist es so, dass wir so wenig Personal haben, die den Bedarf decken könnten, dass wir im Prinzip eigentlich am Ende sind. Allerdings werden dazu Onlinevorträge angeboten. Für Leute, die wirklich dringend wissen wollen, wie sie Energie sparen können, gibt es noch Angebote, die nicht in einer persönlichen Beratung liegen.

Die Themen in der Energierechtsberatung sind vor allem im Moment unzulässige Preiserhöhungen, die Einstellung der Belieferung – das hatten wir vor allen Dingen Ende letzten Jahres –, dass die ad hoc eingestellt wurden, die teurere Ersatzversorgungen war ein ganz großes Thema, und wir haben einen Anbieter, der 50 Prozent unserer Energierechtsberatungstermine verstopft. Das sind Primastrom und Voxenergie. Da sind die Hauptprobleme untergeschobene Verträge, unzulässige Preiserhöhungen und dass die Verbraucher trotz Widerruf oder wirksamer Kündigung nicht aus den Verträgen raus. Mit diesem Anbieter gibt es wirklich massive Probleme.

Wir haben unsere Beratungskapazitäten erhöht und deutlich verstärkt. Inzwischen sind es statt einer Beraterin drei, die im Energierecht beraten. Die Energieschuldenberatung ist eine sehr individuelle und aufwendige Beratung. Die kann nur von qualifizierten Kräften durchgeführt werden. Die wurde in einem anderen Ausschuss im April vorgestellt. Da sind drei Kolleginnen tätig. Anfang des Jahres hatten wir – weil Herr Kamrad von Skalieren und einer eventuell geringeren Beratungstiefe gesprochen hat – sehr viele Anfragen wegen des Problems des plötzlichen Belieferungsstopps und des Fallens in die Ersatzversorgung vieler Kundinnen und Kunden. Dann hatten wir kurzfristig Webinformationsveranstaltungen angeboten. Das hat sehr gut funktioniert. Da waren teilweise bis zu 50 Personen in so einer Veranstaltung und konnten auch ihre Fragen stellen. Das geht, wenn wirklich viele mit der gleichen Fallkonstellation konfrontiert sind, dann kann man so etwas gut machen.

Die Auswirkungen der Energiepreiskrise, das haben wir gesehen, sind immer noch nicht bei allen Berlinerinnen und Berliner angekommen. Sie sind in der Dimension daher für uns nur schwer vorherzusehen. Wir erwarten in allen Beratungsbereichen Auswirkungen, zum Beispiel in der allgemeinen Rechtsberatung oder auch bei Lebensmitteln und Ernährung. Wir gehen davon aus, dass der Beratungsbedarf weiter ansteigen wird, wenn die Preiserhöhungsschreiben bei den Verbraucherinnen und Verbraucher wirklich eingegangen sind. Wie schon erwähnt, bei Mieterinnen und Mieter – wir machen keine Mieterberatung – wird es noch später passieren. Bei all denen, die im Segment Fernwärme sind, wissen wir noch gar nicht wie das läuft. Da gibt es ganz viele Probleme, von denen wir noch nicht so genau wissen. Deswegen können wir nicht so genau abschätzen, wie groß die Welle und welche Form sie haben wird.

Energiekosten: Die laufenden Abschläge sind wahrscheinlich von vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern wahrscheinlich in der Zukunft nicht mehr leistbar, weil auch andere Kosten

steigen. Die GASAG hat im Mai schon erhöht. Im Moment schicken die keine Preiserhöhungen raus. Vattenfall hat zum Oktober für die Grundversorgung erhöht. In der Beratung ist die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher zur Kontrolle des eigenen Verbrauchs eine ganz wichtige Säule, allerdings muss man sagen, dass über 20 Prozent der Ratsuchenden gar keinen Zugang zu ihrem Zähler haben. Die Auswirkungen von Spareffekten liegen auch erst in der Zukunft.

Wir bereiten uns auf eine weiter steigende Beratungsnachfrage vor. Allerdings gibt es insgesamt 1 200 Strom- und 900 Gasanbieter, sodass wir nicht davon ausgehen, dass wir nicht immer wieder die gleichen Schreiben bekommen, sondern andere. Das heißt, wir müssen die jeweils individuell prüfen. Die Prüfung einer Preiserhöhung ist sehr aufwändig. Man muss erst einmal prüfen, ob es überhaupt eine Rechtsgrundlage gibt, dann muss man schauen, ob die formal rechtmäßig ist. In der Beratung kann man das nicht so gut skalieren. Die individuelle Beratung ist immer aufwendig.

Was wir schauen können, ist, was wir mit dem Energiebudgetprojekt anbieten können. Bis jetzt haben wir Verbraucherinnen und Verbrauchern immer gesagt, sie können den Anbieter wechseln, das geht jetzt nicht mehr. Ein Anbieterwechsel ist meistens eine ganz schlechte Option. Zurzeit ist es sogar so, dass der Grundversorger am günstigsten ist. Manchmal kann man den Leuten sagen: Es ist gut, wenn Sie rausfliegen, dann sind Sie Grundversorgung. – Zuvor sind sie kurz in der Erstversorgung, die darf nun auch teurer sein, das ist gesetzlich geändert worden, aber trotzdem kommen die Leute später in die Grundversorgung. Das ist eigentlich kein Zustand. Früher war es so, dass man gesagt hat, möglichst schnell raus aus der Grundversorgung, weil die immer das Teuerste war. Das wird wahrscheinlich auch nicht auf Dauer sein, dass die Grundversorgung am günstigsten ist.

Was wir uns in der Energiebudgetberatung vorstellen können, ist, dass wir nicht auf die individuelle Beratung setzen, weil wir dort nicht viel mehr Fälle machen können – wir können etwas mehr beraten, aber das ist nicht potenzierbar –, sondern dass wir versuchen, mit den Erfahrungen, die wir aus der Energierecht- und Energieschuldenberatung haben, Informationsmaterialien, die genau auf die Situation angepasst sind, zu erstellen, zum Beispiel Musterbriefe, die wirklich genau für die Situation sind, dass wir gezielte Pressearbeit machen, gezielt Multiplikatoren schulen, zu denen Mitmenschen mit Energieschuldenproblem bzw. Energiebudgetproblemen kommen, und dass wir noch mehr Informationen für die Webseite genau angepasst zu den Problemlagen darstellen können. Wir können uns vorstellen, dass wir mit so einem Angebot deutlich mehr Verbraucherinnen und Verbraucher erreichen, als wenn wir nur eine Beratungskraft hinzunehmen.

Wir haben auch noch Ideen, was wir uns sonst noch wünschen: Zum Beispiel wäre das Problem des Zählerzugangs eines, wo wir uns von der Politik Unterstützung erhoffen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Hegemann! – Ich wollte vorhin nicht unhöflich sein, aber mir liegen keine Informationen vor, in welcher Reihenfolge die Themen stattfinden sollen, beziehungsweise danke, dass Sie kurzfristig dieser Einladung gefolgt sind! Die Fraktionen haben uns nicht mitgeteilt, wie sie die Redezeit unter sich aufteilen. Ich frage, ob Frau Grauel dazu etwas beitragen möchte oder bei den Fragen die Antworten liefert. Sie sind

schon bei sechs Minuten, und wenn würde ich Sie, Frau Grauel, bitten, sich kurzzufassen. Dann hat Frau Grauel das Wort. – Bitte schön!

Elisabeth Grauel (Verbraucherschutzzentrale Berlin – Energieschuldenberatung): Ich würde inhaltlich nichts weiter anfügen wollen, aber ich stehe für Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Grauel! – Jetzt ist Frau Jensen an der Reihe. – Bitte schön!

Annette Jensen (Ernährungsrat Berlin): Ganz herzlichen Dank für die Einladung! Ich würde gerne den Ernährungsrat und unseren Impuls kurz vorstellen. Uns gibt es seit 2016. Wir sind ein Netzwerk vielfältiger Menschen und Akteure. Das reicht von Bauern und Köchen und Köchinnen über Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen. Fast alle bei uns sind ehrenamtlich. Wir sind an zwei EU-Forschungsprojekten beteiligt. Eines, FoodSHIFT 2030, beschäftigt sich mit den Lebensmittelpunkten, die in Berlin in immer mehr Stadtteilen aufgebaut werden sollen und auch vom Senat unterstützt werden. Das Ziel vom Berliner Ernährungsrat ist die sozialökologische Transformation des Ernährungssystems, also nicht etwas Kurzfristiges, sondern wirklich etwas Grundlegendes.

Warum ist eine sozialökologische Transformation des Ernährungssystems notwendig? – Unser Ernährungssystem ist krank. Es zerstört die Umwelt. Ungefähr ein Drittel der klimaschädlichen Gase sind auf das Ernährungssystem zurückzuführen, wenn man vom Dünger, über die Zerstörung des Regenwalds für Viehfutter, Transporte und die Lebensmittelverschwendung alles miteinrechnet. Das Artensterben ist sehr stark durch unsere Art der Ernährung verursacht – sowohl Wildtierarten als auch, was auf den Äckern und in den Ställen los ist. Der völlig gestörte Stickstoff-Phosphor-Kreislauf ist auch auf unsere Art der Landwirtschaft und Ernährung zurückzuführen, ebenso wie Wasser- und weitere Umweltprobleme. Vieles davon entsteht außerhalb der Städte, aber wir als Abnehmer der Lebensmittel sind dafür mitverantwortlich, dass das geändert wird.

Unser Ernährungssystem macht krank. Kinder sind durchschnittlich 15-mal am Tag Reklame für Softdrinks und Dickmacher ausgesetzt. Das Essen in fast allen Krankenhäusern ist katastrophal und Allergien, Übergewicht und Adipositas nehmen massiv zu. Das verursacht hohe Kosten für die Sozialversicherung.

Unser Ernährungssystem ist ungerecht. 85 Prozent der Lebensmittel kommen über Edeka, Lidl, Aldi und Rewe. Die Aldi-Besitzer sind die reichste Familie in Deutschland. Immer mehr Bauern und Bäuerinnen mussten aufgeben – alle erinnern sich wahrscheinlich an die damals weggeschüttete Milch –, ich will gar nicht von den Teeplückerinnen und -pflücker in Indien sprechen, die von 1 bis 2 Euro am Tag leben müssen. Die Bilder aus den Schlachthöfen letztes Jahr sind uns auch noch alle im Gedächtnis.

Unser Ernährungssystem ist unsozial. Viele können sich gute Lebensmittel nicht leisten. 1,6 Millionen Menschen deutschlandweit sind auf die Tafeln angewiesen. Sabine Werth, die Gründerin der Tafeln, ist auch bei uns im Ernährungsrat eine der Sprecherinnen. Billige Lebensmittel, also hochverarbeitete Lebensmittel, führen zu Fehlernährung, zu Allergien und Übergewicht. Kinder, die in jungen Jahren durch solche schlechten Lebensmittel dick gewor-

den sind, werden diese Pfunde nie mehr los. Ich denke, das ist nicht die Verantwortung dieser ärmeren Familien, sondern das ist eine soziale Verantwortung, die wir haben.

Als Ernährungsrat sagen wir, dass es so nicht weitergeht. Aber wie dann? – Ernährung ist ein Querschnittsthema. Es muss sich in ganz vielen Bereichen etwas ändern. Das fängt mit der Landwirtschaft an, wie die Bauern anbauen und wie sie bezahlt werden, es geht über die Verarbeitung, Wirtschaft und Handel, Transport, Bildung, Essen in Krankenhäusern und Kantinen, aber auch in Privathaushalten weiter. Es ist auch eine Kulturfrage. Oft gibt es keine Zeit zum Kochen und Essen. Es wird viel zu viel Fleisch gegessen und zu viel weggeschmissen.

All diese Themen hängen miteinander zusammen. Es ist ein sehr komplexes Problemsystem. Daraus schließen wir, dass die Stadt und das Land einerseits zusammenarbeiten müssen, andererseits muss es auch Lösungen geben, die 3,7 Millionen Menschen in Berlin einbeziehen. Es gibt kein Thema, das so normal ist wie Essen, weil alle jeden Tag essen. Um Lösungen zu finden, müssen Erfahrung und Wissen aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen zusammenfließen. Unsere These ist, dass Berlin-Brandenburg zu dem oder einem Vorreiter der Ernährungswende werden, weil das Potenzial hier riesig ist. Wir haben extrem viel Wissenschaft, die sich mit ganz unterschiedlichen Aspekten des Ernährungssystems beschäftigt und auch ganz unterschiedlichen Perspektiven und Bereichen. Ich nenne nur mal schlagwortartig die Charité, die Humboldt-Universität mit dem Albrecht-Daniel-Thaer-Institut, die TU, das IGB am Müggelsee oder in Brandenburg das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, die HNE in Eberswalde oder das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung – ZALF – in Müncheberg. All diese wissenschaftlichen Organisationen beschäftigen sich mit unterschiedlichen Aspekten. Dieses Wissen müsste aus unserer Sicht zusammenfließen.

Es gibt zugleich extrem viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen in Berlin. Ich nenne nur zwei: Ackerdemia und SuperCoop. Auf politischer Ebene – da sind wir sehr froh –, ist Berlin eigentlich vorne dran. Berlin hat als eine der ersten Städte das Mailänder Abkommen für ein sozialökologisches Ernährungssystem unterzeichnet. Es gibt hier kostenlose Biogrundschulessen, da ist Berlin bundesweit Vorreiter. Herr Kamrad hat eben auch noch weitere Punkte aufgezählt. Berlin ist eigentlich auf dem Weg. Wir als Ernährungsrat sagen, dass wir diese Chance nutzen sollten. Ich hoffe, dass einige von Ihnen das Buch gelesen oder zumindest bekommen haben. Wir haben letztes Jahr das Buch „Berlin isst anders“ herausgegeben, wo wir das alles zusammengefasst haben, was es hier schon alles gibt, wie sich Berlin heute ernährt, welche Chancen wir sehen und welche politischen Forderungen wir daraus ableiten. Wer dieses Buch nicht haben sollte, kann sich das open source – wir wollen Wissen kostenlos verbreiten – auf unserer Homepage runterladen.

Die Konsequenz daraus ist, dass wir sagen, dass es einen gemeinwohlorientierten Ort braucht mit dem Ziel: gutes Essen für alle, das nicht auf Kosten von Bauern in Deutschland oder anderswo auf der Welt geht, nicht auf Kosten der Tiere oder der Umwelt, also nicht auf Kosten des Planeten. Nur dann kann es ein zukunftsfähiges Ernährungssystem geben. Dazu gehören auch regionale Wertschöpfungsketten, die auch schon erwähnt worden sind. Die müssen aufgebaut werden, die gibt es aber im Moment kaum.

Wie kommen wir da hin? – Unsere Forderung und unsere Idee ist, dass das Wissen und die Expertise aus ganz unterschiedlichen Bereichen zusammenwirken muss. Wir brauchen einen Ernährungscampus, also einen offenen, demokratischen Ort, ein Reallabor, einen Experimen-

tier- und Informationsort, einen Ort des Austausches, der Diskussion und der Vernetzung, wo alle 3,7 Millionen Menschen aus Berlin Zugang haben, wo diskutiert wird, wo Köchinnen und Köche zusammen mit Caterern, Bauern und meinetwegen Schulen zusammen Lösungen entwickeln. Wir sehen darin eine riesige Chance für Berlin und auch darüber hinaus.

Wir freuen uns, dass der Ernährungscampus auch im Koalitionsvertrag enthalten ist. Wir als Ernährungsrat haben ein erstes Konzept vorgelegt, das können Sie online nachlesen, und einen Förderantrag bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz eingereicht. Unser Ziel ist es, herauszufinden, wie so ein Ort aussehen und organisiert sein müsste, welche Veranstaltungsformate geeignet wären, welche Räume es bräuchte. Natürlich müsste es einen realen Ort, wo das stattfindet. Herr Kamrad hat vorhin schon den Großmarkt erwähnt, das wäre super. Der soll eigentlich weiter für die Öffentlichkeit geöffnet werden. Es wäre sehr gut, das dort zu machen, zumal er mit der S-Bahn gut angebunden ist.

Das ist aber alles Zukunftsmusik. Wir sind ungeduldig, wir haben nicht viel Zeit. Bis 2030 müsste dieses Ernährungssystem aus unserer Sicht umgestellt sein, damit wir nicht irgendwie mit der Klimakatastrophe vor die Wand fahren. Deswegen fangen wir sofort an und machen den Ernährungscampus erst einmal mobil in verschiedenen Stadtteilen mit einzelnen Veranstaltungen. – Für Ihre Fragen bin ich dankbar!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Jensen! – Wir machen mit der Aussprache weiter. – Herr Krestel, bitte schön!

Holger Krestel (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Erst einmal meinen herzlichen Dank an die Vortragenden, dass Sie uns an Ihrem Wissen teilhaben lassen! Ich habe zwei, drei Fragen zur Energieberatung, und zwar interessiert mich, wie bei Ihnen die Stellenlage ist. Wie viele haben Sie? Wie viele von den geplanten Stellen sind derzeit besetzt? Wie sind die Stellen zwischen der allgemeinen Energieberatung – wahrscheinlich in erster Linie eine Verbrauchsberatung – und die Energieschuldenberatung aufgegliedert? Wie wird die Arbeit der Energieberatung derzeit evaluiert? Gibt es ein Qualitätsmanagement? Mich würde zu der Multiplikatorenschulung interessieren, wie die potenziellen Multiplikatoren letztlich ausgewählt werden. Welche Ratschläge bekommt man denn im Allgemeinen, wenn man bei Ihnen in der Energieberatung nachfragt?

Zuletzt würde mich interessieren: Wenn ich mich recht erinnere, wurden bei der letzten Haushaltsplanberatung bestimmte Ansätze erhöht, um diesen festen Ort der Energieberatung im östlichen Teil Berlins zu ermöglichen. Dazu wüsste ich gerne den genauen Stand der Umsetzung. Wenn Sie mir dazu etwas sagen könnten, wäre ich sehr dankbar. – Das wäre es erst einmal!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Krestel! – Frau Seidel, Sie sind an der Reihe!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank auch im Namen meiner Fraktion an die Expertinnen, die uns heute Einblick in ihre Arbeit gegeben haben! Ich freue mich auch, dass wir tatsächlich schon etwas über die Verbraucherschutzstrategie gehört haben. Dass wir diese entwickeln wollen, steht in unserem Koalitionsvertrag ganz oben, und dafür kann das heute der erste Aufschlag sein. Vielen Dank dafür!

Ich habe aber konkrete Nachfragen, zum einen an die Kolleginnen der Verbraucherzentrale Berlin: Können Sie dazu etwas sagen, wie sich unter der Coronapandemie Ihre Arbeit verändert hat? Sie haben schon berichtet, dass es schwierig ist, am Markt weitere Berater und Beraterinnen zu bekommen und Fachkräfte zu gewinnen. Wie hat sich das unter Corona mit den Onlineangeboten entwickelt? Sie haben auch berichtet, dass Sie Musterschreiben online oder Onlineangebote der Beratung, was Energiesparen usw. betrifft, anbieten. Es ist logisch, dass Sie da kreativ sind und auf solche Angebote umschwenken. Da würde mich interessieren, wie sich das seit Corona entwickelt hat.

Eine konkrete Frage habe ich zum Thema GASAG: Sie haben gesagt, dass Sie dort eine Klage anstreben. Ist es möglich, Genaueres dazu zu sagen? Das habe ich nicht so richtig verstanden. Das würde mich sehr interessieren.

Die Sache mit dem Zugang zum Zähler – das geht mir privat übrigens genauso. Ich weiß nicht, wo mein Stromzähler hängt. Der ist in irgendeinem anderen Keller. Da hätte ich direkt privat Interesse daran, mal zu erfahren, was man da machen kann, gegen wen man da vorgeht und wie massenhaft das Phänomen ist. Das würde mich interessieren.

Dann habe ich eine Nachfrage in Richtung Senat: Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, eine Evaluation der Kantine Zukunft vorzunehmen, um die Arbeit weiterhin zu fördern oder mal genauer anzuschauen. Dazu will ich fragen, ob schon irgendetwas geplant ist.

Herr Kamrad, vielen Dank für Ihre Ausführungen! Dass die Ausweitung des mobilen Angebots mit den Möglichkeiten dieses Haushalts, so wie wir es geplant hatten, nicht möglich war, ist einsichtig, aber ich denke, dass wir das mobile Angebot trotz des zu erwartenden zweiten Standorts aufrechterhalten sollten. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das so geplant ist?

Sie hatten zum Lebensmitteltransparenzgesetz ausgeführt, das tatsächlich Anfang kommenden Jahres in Kraft tritt. Wir hatten in der Debatte, dass es dazu notwendig wäre, die Lebensmittelaufsicht in den Bezirken personell zu stärken. Mich würde interessieren, ob es da Gespräche gibt oder wie Sie die Situation einschätzen.

Ansonsten teile ich ganz viel von dem, was Frau Jensen zur Ernährung vorgetragen hat. Nun ist es im Moment mit der hohen Inflation ein noch schwereres Thema geworden, als es bisher schon gewesen ist. Sie haben völlig recht, ich bin auch jugend- und familienpolitische Sprecherin, was diese schlechte Ernährung mit dem Gesundheitszustand von Kindern macht, der nachhaltig schlecht bleibt, ist absolut absehbar. Mein zentrales Thema ist in dem Kontext immer: Wir müssen die Region Berlin-Brandenburg diesbezüglich ausbauen. So wie ich das wahrnehme, passiert da nichts. Dazu würde ich gerne von Ihnen wissen wollen, welche Ansprechpartner es in Brandenburg gibt, was dort läuft, welche Ansätze es dort gibt. Wir werden von Berlin aus die Landwirtschaftspolitik in Brandenburg nicht bestimmen oder verändern können. Da spielt die EU mit ihren merkwürdigen Förderrichtlinien auch eine ganz große Rolle. Das ist etwas, was wir uns wünschen, aber nicht direkt beeinflussen können. Wir können aber die Kooperation auf Augenhöhe mit Brandenburg vorantreiben. Mit der Augenhöhe ist das auf jeden Fall bisher nicht so. Die Brandenburger Landwirtschaft soll unsere Lebensmittel produzieren, dann sollten wir auch miteinander ins Gespräch gehen; das fände ich sehr wichtig.

In Richtung Senat eine Nachfrage zum Ernährungscampus: Wir hatten im Koalitionsvertrag eine Machbarkeitsstudie und ein Umsetzungskonzept festgelegt. Nun weiß ich, dass wir alle, seit wir in der Regierungsverantwortung sind, von einem Krisenmodus in den nächsten geraten, sodass solche visionären Geschichten leider manchmal zeitlich nach hinten rutschen. Ich möchte trotzdem gerne wissen, ob da schon etwas in Arbeit ist, ob Sie eine Idee haben oder Sie es vielleicht extern vergeben haben. – Fürs Erste Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Seidel! – Ich möchte Sie auf die Formalien hinweisen: Es soll sich nicht jeder gesondert bei den Anzuhörenden bedanken; das macht der Ausschussvorsitzende im Namen des Ausschusses. Deshalb bitte ich Sie darum, darauf zu achten. – Sorry, jemand muss auch auf die Formalien achten! So weit von mir als Ausschussvorsitzender! – Ich habe mich als Sprecher für Ernährung und Landwirtschaft der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die Redeliste gesetzt und rede ab jetzt als Sprecher meiner Fraktion.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Ich habe bezüglich der Ernährung und Landwirtschaft vier Punkte. Frau Seidel, Sie haben vorhin gesagt, was die Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg betrifft, sei nichts passiert. Das stimmt nicht. Da ist tatsächlich viel passiert. Zum Glück ha-

ben wir auch in Brandenburg ein grün geführtes Landwirtschaftsministerium. Das erleichtert die Zusammenarbeit. So ist es, wenn in zwei Bundesländern wie Berlin und Brandenburg die gleichen Farben sind. Ob das optimal ist? Da würde ich nein sagen, aber wir haben den Landwirtschaftsstaatsvertrag novelliert, mit Brandenburg neu verhandelt. Wir haben auch die Biolebensmittelkontrollen nach Berlin geholt, dafür haben wir in der letzten Legislaturperiode sechs Stellen geschaffen. Da passiert viel, und ich denke, dass Frau Jensen dazu noch einiges sagen kann.

Ich habe vier Punkte – ganz kurz drei Anmerkungen und eine Frage. Der erste Punkt ist, dass wir in der letzten Legislaturperiode – danke an Dr. Behrendt, er war Senator für Verbraucherschutz und Justiz – mit der Zivilgesellschaft eine Ernährungsstrategie auf die Beine gestellt haben. Da bin ich stolz darauf; wir waren bundesweit Erster. Wie vorhin von Herrn Staatssekretär Kamrad angesprochen wurde, nimmt der Bund das als Beispiel. Das ist schon wichtig. Die Kantine Zukunft ist auch ein bundesweit einmaliges Projekt. Sie haben angesprochen, Frau Seidel, ob es eine Evaluierung geben wird. Schauen Sie bitte auf die Seite der Kantine Zukunft, da können Sie sich sehr gut informieren, dass über 35 landeseigene Firmen, Betriebe und Kitas ihre Kantinen umstellen – BSR, Berliner Wasserbetriebe und, und, und. Das zeigt uns, dass dieses Projekt erfolgreich läuft.

Der zweite Punkt ist, dass wir in den Haushaltsberatungen für 2022/23 die Haushaltsmittel für die Ernährungsstrategie um ein Drittel erhöht haben. Da waren wir als Grüne maßgebend.

Der dritte Punkt ist – den hat auch Herr Kamrad angesprochen –: Die Zusammenarbeit mit dem Großmarkt muss auf jeden Fall deutlich verbessert werden, insbesondere wenn es um einen Ort für den Ernährungscampus geht. So weit ich weiß, ist die Berliner Tafel im Austausch mit dem Ernährungsrat. Es wäre gut, wie vorhin auch von Frau Jensen angesprochen wurde, wenn wir den Standort dort haben könnten. Dass der Großmarkt in seiner Strategie 2030 die Ernährungsstrategie miteinbezogen hat, ist auch ein guter Erfolg.

Der vierte Punkt ist eine Frage an Frau Jensen: Wie ist der Stand der Zusammenarbeit bezüglich der Errichtung von Lebensmittelpunkten in den Bezirken? Ich weiß, dass der Ernährungsrat da eine Rolle spielt, aber nicht die Hauptrolle. Er spielt die Hauptrolle beim Ernährungscampus. Was die Lebensmittelpunkte betrifft, macht Baumhaus in Mitte mehr. Das würde mich interessieren. – Sie haben demnächst auch eine große, zweiwöchige Veranstaltungsreihe. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns kurz darüber informieren würden. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Jetzt wechsle ich zum letzten Mal in der heutigen Ausschusssitzung meine Rolle und spreche als Ausschussvorsitzender und würde das Wort an Herrn Freymark geben. – Bitte schön!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Ausführungen der Anzuhörenden waren schon interessant – danke dafür! Das ist wirklich eine sehr schwierige Phase. Wir haben erhebliche Mieterhöhungen, die Lebensmittelkosten sind jetzt schon spürbar. Die Energiekosten werden, wenn überhaupt, maximal antizipiert. Frau Hegemann, da habe ich den gleichen Eindruck wie Sie. Das ist noch gar nicht so ein Thema. Es gibt einige, die eine deutlich höhere Vorauszahlung leisten müssen. Die merken das schon, aber viele Haushalte in Berlin noch nicht, aber sie wissen, dass da eine mögliche Flut kommt. Deswegen, vermute ich

einmal, ist auch die Anfragelast bei Ihnen wenn überhaupt eher auf die Zukunft bezogen. Dazu können Sie gerne ein, zwei Sätze sagen.

Was ich ganz toll finde, weil wir den Besprechungspunkt gemeinsam ein bisschen allgemeiner angemeldet hatten, ist, dass Sie sich auch im Berliner Osten wieder fester etablieren wollen. Das war mal so. Mit den mobilen Angeboten ist es Ihnen auch gelungen, einzelne Regionen abzudecken, aber ich verrate Ihnen kein Geheimnis, das sind Ihre eigenen Erkenntnisse, dass der Marzahner womöglich nicht nach Hohenschönhausen und andersrum zu einer mobilen Beratung fährt. Bei einer etwas festeren Struktur sind die Menschen, glaube ich, eher gewillt, das auch in Anspruch zu nehmen. Viel wichtiger finde ich mittlerweile, Onlineangebote zu haben, telefonisch erreichbar zu sein und schnell auf E-Mails zu reagieren. Da wissen wir, mit der Verbraucherzentrale haben wir einen guten Partner.

Das Thema der Energieberatung bewegt mich schon länger. Vor zehn Jahren habe ich „Cleverer Kiez“ kennengelernt, das war mal eine Initiative. Von der Caritas gibt es einen tollen Stromsparcheck für alle. Ich weiß, dass die immer die Finanzierung als Thema hatten. Das heißt: Der Senat hat mit ein paar Fördermitteln agiert und trotzdem konnte bei Weitem nicht allen Haushalten ein Angebot gemacht werden. Deswegen ist die Frage ganz konkret: Herr Staatssekretär, ist geplant, oder kann es noch geplant werden, auch von Ihrer Seite, dass wir die Beratungsangebote durch Dritte deutlich ausbauen? Ist da schon etwas passiert, sind diese Wünsche an Sie herangetragen worden oder nicht? Bei dem Stromsparcheck und den Beratungen wird wirklich über die Kühlschranksfunktion, über die richtige Beleuchtung, über die Frage: Lüfte ich, während ich die Heizung an habe? –, gesprochen. Das sind oft Bildungsfragen, die da eine Rolle spielen. Deswegen wünsche ich mir seitens des Senats eine größere Unterstützung und vielleicht ein größeres Engagement, wenn es nicht jetzt schon ein großes Thema bei Ihnen ist.

Dann gibt es bei Ihnen, liebe Frau Hegemann, ein Projektteam, „Zuhause in Berlin“, in dem es um die Energieberatung für Einfamilienhäuser in ausgewählten Gebieten Berlins geht. Ich habe Sie als Verbraucherzentrale so kennengelernt, dass Sie am liebsten alle beraten würden, das Ihre Mittel aber oft nicht zulassen. Ist es denn aufgrund der aktuellen Entwicklung für Sie gut, wenn wir gemeinsam zu der Erkenntnis kämen, dass diese Energieberatungsangebote auch auf andere Gruppen erweitert werden – einmal komplett in Berlin und nicht nur auf Einfamilienhäuser, sondern auf alle Gruppen von Menschen, die vielleicht auch in Wohneigentum leben, aber in Mehrfamilienhäusern etc. –?

Wenn ich ganz frei denken dürfte, was wir zum Glück im Parlament können, dann wäre es doch, Herr Staatssekretär, womöglich sogar denkbar, wenn es koalitionsintern nicht für Streit sorgt, dass Frau Jarasch oder die Regierende Bürgermeisterin oder beide die aktuelle Situation zum Anlass nehmen, ein gemeinsames Schreiben an alle Haushalte zu richten, in dem deutlich wird: Wir wissen, dass wir große Herausforderungen haben, aber wir haben für Sie Angebote und Ideen, wie Sie denen begegnen könnten. – Letzte Woche war ich zum Beispiel bei den Schornsteinfegern. Das sind ja die größten Klimaschützer, könnte man fast sagen, aber das ist nicht allen bewusst. Die Innung macht einen grandiosen Job. Die erleben hautnah vor Ort, wie Heizungssysteme entweder veraltet oder falsch eingestellt sind, wie bei der Lüftung Probleme sind usw. Das heißt, wir haben da enorme Einsparpotenziale durch Wissensvermittlung. Deswegen ist der konkrete Vorschlag und die konkrete Frage: Ist es denkbar, dass Sie sich noch einmal mit dem Hinweis an alle Haushalte richten, dass sie sich beraten lassen kön-

nen, dass sie Angebote annehmen können, dass sie Hilfe in der Not bekommen, wenn sie zum Beispiel die Kosten nicht tragen können, und sie auch noch einmal für die Situation zu sensibilisieren und zugleich gerne auf Frau Hegemann, Frau Elß und die Verbraucherzentrale mit: Wir haben hier einen starken Partner in der Stadt –, zu verweisen? Wir müssen uns ja nicht verstecken, was unsere Angebote angeht, aber viele kennen sie trotzdem nicht.

Frau Jensen! Vielen Dank für Ihr Engagement im Ernährungsrat! Ich finde das Thema Lebensmittelrettung nicht erst seitdem sich Menschen auf Straßen festkleben wichtig, sondern ich finde es gut, dass wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir eine deutlich höhere Sensibilisierung für die Besonderheit und den Wert von guter Ernährung und Lebensmitteln bekommen. Herr Altuğ hat gerade auf das Engagement von Dr. Behrendt verwiesen. Dann erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass die ehemalige Staatssekretärin Toepfer-Kataw angefangen hat, in den Schulen gemeinsam zu kochen. Ich finde, das ist ein Vorschlag, der schon länger im Raum steht – ist jetzt nicht mein Vorschlag –, darüber nachzudenken, wie wir es schaffen, in der Kita und in der Schule das sensible Thema Ernährung, Kochen etc. noch stärker zu implementieren. Da gibt es übrigens auch noch 500 andere Wünsche, über Schulgärten, über die Frage von Nachhaltigkeit und einen Tag des Abfalls. Deswegen haben wir als CDU-Fraktion mittlerweile die Erkenntnis, dass es vielleicht eine Woche der Verantwortung braucht, die wir in den Schulen implementieren, wo eben gekocht wird.

Ich kann aus Hohenschönhausen sicher berichten, dass ich viele Begegnungen mit Jüngeren wie Älteren habe, die nicht die Sensibilität für Lebensmittel haben und demnach auch selten in den Haushalten kochen. Das ist etwas, wo wir noch viel mehr machen können. Ob da ein Gebäude oder eine große Initiative für eine zentrale Anlaufstelle die Leute hinterm Ofen hervorlockt, sei dahingestellt, aber ich finde solche Angebote grundsätzlich gut. Das kann man auch unterstützen, aber ich glaube, wir müssen vielmehr in die Region, also in die Kieze selbst, und dort Angebote machen, denen man sich nicht entziehen kann. Das ist da, wo die Menschen sowieso schon sind, also in Kitas, Schulen, Nachbarschaftszentren, Jugendclubs. Da sehe ich diese Angebote stärker. Deswegen auch hier die Frage, lieber Herr Staatssekretär: Ist es geplant, gemeinsam mit dem Bildungssenat hier eine Offensive zu starten? Herr Kamrad, Sie sind gerne eingeladen, dass wir gemeinsam dort kochen. Ich kann auch noch ein bisschen was lernen, aber Schnippeln schaffe ich. Da wäre ich offen und bereit, dass wir das intensivieren und wir unseren Beitrag leisten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Frau Haußdörfer, bitte!

Ellen Haußdörfer (SPD): Ich nehme das Angebot von Herrn Freymark gerne an! Da das Thema Lebensmittelrettung mich schon seit Langem umtreibt und ich das auch mache, sind Sie gerne eingeladen. Ich bekomme regelmäßig mehrere Kilo Obst und Gemüse, die wir haltbar machen können. Ich finde es auch wichtig, weil ich glaube, dass das auf etwas trifft – egal, wer es nun gemacht hat, das ist eigentlich völlig egal. Lebensmittel werden seit vielen Millionen Jahren versucht haltbar zu machen, und dementsprechend glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir es an die heutige Zeit anpassen. Das Thema – wir sind uns alle einig – Ernährung und Verbraucherschutz ist eines, was nicht mit der heutigen Sitzung abgeschlossen sein wird, sondern die verschiedenen Aspekte sind elementarer Teil dieses Ausschusses und sollten auch entsprechend regelmäßig aufgerufen werden. Deshalb bin ich mir sicher, dass ich Sie oder die Institutionen, die Sie hier vertreten, hier noch öfters sehe, und darauf freue ich mich.

Die derzeitige Arbeit im Ausschuss ist aber davon geprägt, und zwar nicht erst seit Februar, aber auch davon, wie wir mit den jeweiligen Herausforderungen umgehen. Die erste Herausforderung Corona wurde schon angesprochen, die zweite ist der Krieg in Europa und die für einige nicht nachvollziehbaren Zusammenhänge zwischen einem 800, 2 000 Kilometer entfernten Krieg bis hin zu den entsprechenden Folgen für das eigene Portemonnaie. Das ist etwas, was nicht allen so gegenwärtig ist und auch kommt. Die Frage ist für mich dann trotzdem, wie man diese Gebiete eigentlich zusammenführen kann.

Ich sehe das zum Beispiel – mein Wahlkreis ist Altglienicke, das Berliner Kosmosviertel, da sind beide Institutionen quasi vertreten, und ich freue mich, dass sich am Samstag, wo wir „30 Jahre Bürgerhaus“ feiern werden, die Verbraucherschutzzentrale sich darstellen kann, aber auch das Thema Lebensmittelrettung eine besondere Rolle spielt, weil alle zwei Wochen Sonntags um elf Uhr dort Lebensmittel an die, die nicht wollen, dass Lebensmittel verschwendet werden, verfallen, die kurz vor/nach dem Mindesthaltbarkeitsdatum sind, verteilt werden. Das ist nicht alleine eine Frage des Geldbeutels, aber man merkt schon das, was Frau Hegemann am Anfang gesagt hat: Die Verbraucherinnen und Verbraucher werden preissensibler. Das merken an allererster Stelle diejenigen, die von vornherein sowieso jeden Cent umdrehen müssen.

Deshalb frage ich mich – das eine ist die Frage nach der qualitätsvollen Lebensmitteln: Ich erlebe schon, dass auch ohne einen Ukraine-Krieg die Anzahl der Bäcker, die nicht nur irgendwelche Rohlinge aufbacken, zunehmend weniger wird und sie sich gleichzeitig das fancy 17-Samenkorn-Brot für 6 Euro auch nicht leisten können. Ich kenne einige Bäckereien, die noch selbst gebacken haben, die jetzt zumachen werden, weil sie die Preise nicht auf den Verbraucher umlegen können. Selbst in Wohngegenden, die sich – in Anführungsstrichen – Preisanstiege von 200, 300 Prozent für das Brötchen leisten könnten, wird das dann doch nicht gemacht, bzw. der Bäcker, die Bäckerin so viel Drumherum hat, um zu schauen, wie sie mit der Energiemenge umgehen kann, wo sie die Rohstoffe findet. Mein Sohn hat bis heute seine Seepferdchenkarte nicht, er hat das im April gemacht, weil das Papier nicht da ist. Irgendwann gehe ich da noch selbst hin und werde grünen Karton spenden. Das sind so Kleinigkeiten, aber das sind die Kleinigkeiten, die die Menschen wirklich merken. Dementsprechend würde mich interessieren, wie man diesen Spagat zwischen den steigenden Produktionskosten für Lebensmittel, aber auch für Produkte des alltäglichen Bedarfs schaffen kann und gleichzeitig auch sicherstellt, dass das auch die Menschen erreicht.

Wenn wir am Samstag dieses Fest „30 Jahre Bürgerhaus Altglienicke“ feiern werden, dann werden sicherlich die einen oder anderen zu diesen Beratungen – auch der Stromcheck wird anwesend sein – gehen, aber ob das diejenigen sind, die im Januar wirklich in Ohnmacht fallen – in Anführungszeichen – ob ihrer Nebenkostennachrechnungen, das weiß ich gar nicht. Gleichzeitig möchte ich dieses auch nicht missen, weil das der Ort ist, wo zum Beispiel auch ich angesprochen wurde und mir vor zwei Jahren eine Beratung geholt habe, um zu schauen – da sind die Berater noch in die Wohnung gekommen, das war schon nach der ersten Welle, also mit Lüften usw. – an welchen Stellen, an Thermostaten, am Wasser, am Duschkopf bis hin zur Lüftung, ich sparen kann.

Es gibt zumindest im Bereich der sozialen Infrastruktur diesen Winter diese irriige Diskussion zum Thema Lüften wegen Corona, die Stromkosten der Lüftungsanlagen und gleichzeitig dem Wunsch und der Notwendigkeit und der Herausforderung einerseits zu heizen, anderer-

seits die daraus entstehenden Kosten im Rahmen zu halten. Da frage ich mich, wie das zusammen funktionieren kann und würde da die Frage der Zusammenarbeit mit Multiplikatoren noch einmal ansprechen, und zwar für die Klientel, die nicht unbedingt gleich auf die Onlineangebote eingeht oder mobile Angebote aufsucht. Kann man zum Beispiel besonders mit den Stadtteilmüttern zusammenarbeiten oder auch mit den einzelnen Initiativen in den Stadtteilzentren?

An die Verbraucherzentrale die Frage nach der Zusammenarbeit, zum Beispiel mit den bezirklichen Schuldner- und Schuldnerinnenberatungsstellen. Ich glaube, wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine zweigliedrige Verwaltung sind und nicht alles der Senat macht, sondern die Bezirke durchaus eigene Bestrebungen haben und eigene Schwerpunkte legen. Wie ist da die Zusammenarbeit?

Ich habe noch einen Punkt zu der Website „Berlin spart Energie“: Ich persönlich finde die sehr gut gelungen. Die enthält auch viele hilfreiche Tipps, auf die muss man auch erst einmal kommen, das stimmt, aber man hat da schon einen guten Überblick. Misslich finde ich, dass ich erst beim vierten Untermenü auf die Verbraucherzentrale komme. Die Frage ist, ob man das, ich sage mal, so für den Leser, die Leserin aufbereiten kann, dass es für Fragen wie: Ich habe das und das bekommen. Was mache ich jetzt eigentlich? Wen spreche ich eigentlich an? –, ein Akteursverzeichnis gibt, und das vielleicht ganz oben anbringt und nicht unten. Viele haben nicht die Geduld oder erkennen nicht, dass das etwas ist, was für sie ist und wo sie ihre Probleme mitansprechen können.

Zum Thema Lebensmittelrettung habe ich die Frage – klar, ich bin immer dafür, mobile Angebote auszubauen. Was ich in diesem Herbst ganz spannend finde: Das ist für einige zu kleinteilig, aber ich war zehn Jahre die Kleingartenbeauftragte meiner Fraktion. Ich finde es immer sehr gut, weil die Kleingärtner zum Beispiel auch ihre Gärten öffnen. Es gibt auch ältere Kleingärtner, die können gar nicht alle ihre Bäume abernten, und ich sage Ihnen, wenn Sie 50 Kilo Äpfel geschnibbelt haben, haben Sie auch keinen Bock mehr, Apfelmus zu kochen. Deshalb haben die zum Beispiel gelbe Bänder an den Bäumen, sodass Anwohnerinnen und Anwohner und Spaziergehende in die Parzellen können und die Bäume abernten können, sodass diese Lebensmittel, die der Garten nun einmal produziert, nicht verschwendet werden. Gleichzeitig finde ich auch ganz wichtig – das ist auch eine Frage an den Senat; wir wollen auch, dass gerade die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner nicht alleine gelassen werden, weil die quasi eine nachgelagerte Preiserhöhung, zum Beispiel über Wasser usw., bekommen –, dass auch für die Berliner Kleingärtner ein Punkt gemacht wird.

Beim Thema Mittagessen habe ich noch eine Frage. Die bezieht sich auch im Nachklapp an die Ernährungskonferenz – ich glaube, die war Anfang Juni. Die war nicht nur sehr gut besucht, die war auch sehr interessant. Ich habe mir auch zwei wirklich interessante Workshops „reingezogen“. Da ist für mich immer noch die große Frage nach dem Mittagessen, vor allem in der Schule. Wir hatten die Diskussion in der Sommerpause, wo Caterer sagen, sie müssen Essen wegwerfen, weil die Kinder nicht kommen. Ob das nun daran liegt, dass die Kinder einfach nicht kommen oder, wenn sie krank sind, nicht abgemeldet werden, will ich dahinstellen. Ich glaube aber, es ist eine größere Aufgabe und eine, die man auf jeden Fall mit den Caterern klären müsste, weil im Bezirkshaushalt als auch bei uns im Haushalt die entsprechenden Gelder drinstehen. Wir wollen nicht, dass Schulmittagessen weggeworfen wird, aber die Caterer können es auch nicht einfach weggeben. Man könnte ja sagen: Okay, es ist 15 Uhr.

Wir können euch nichts versprechen, es sind 2 oder 20 Portionen, das hängt davon ab, wie viele Kinder wirklich essen gehen. – Manchmal schmeckt es auch einfach nicht, das ist manchmal auch eine Sache bei Kindern, aber nichtdestotrotz würde ich es gut finden, wenn man in den Dialog kommt, dass dann einfach Tafeln, aber auch Anwohnerinnen und Anwohner, oder die, über die es sich herumspricht, beispielsweise mit ihren Boxen hinkommen können und das, was da ist, weggegeben werden kann. Das geht bis jetzt nicht wegen Cook und Chill, im Prinzip wegen der Sicherheit; das ist auch alles richtig. Ich glaube aber, hier müsste man vielleicht auch diskutieren, dass man in diesen Bereichen ein bisschen weiterkommt. Ich habe schon öfter Schulmittagessen aufgewärmt, das geht bestimmt nicht bei allem, aber ich finde, man sollte da einen Weg weitergehen, weil es auch für die Caterer wichtig ist, das bezahlt zu bekommen, was sie haben, womit auch steigende Energiepreise, Lebenshaltungskosten, aber auch Personalkosten verbunden sind, die sich niederschlagen werden. Das betrifft sowohl den Kita- als auch den Schulbereich. Nun haben wir allerdings 2 900 Kitaeinrichtungen, und dementsprechend ist die Art der Essenzubereitung meistens eine andere, weil viele Kitas selbst kochen. Die können das auch deutlich besser einschätzen, aber auch da wird vielleicht etwas übrig bleiben. Ich glaube aber, der große Punkt, um noch einmal zu überlegen, welche Möglichkeiten der – in Anführungszeichen – Nachverwertung es betrifft, ist sicherlich beim Schulmittagessen ein besonderer Fall. Ansonsten kann ich nur empfehlen, dass wir uns weiterhin dieser niedrigschwelligen Beratung und der Information stetig nähern. Es geht um das Vernetzen, es geht um die Information und darum, die Verbraucherinnen und die Verbraucher möglichst gut, geschützt und kompetent beraten in diesen Winter zu begleiten. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Haußdörfer! – Jetzt ist Herr Lux an der Reihe.

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Fragen an die Anzuhörenden vielleicht mal vorweg: Gibt es eine Möglichkeit, Transparenz darüber herzustellen, in welchen Szenarien die Energie-, Strom- und Gaspreiserhöhungen in den nächsten Jahren teils bei der Betriebskostenabrechnung, teils bei der Nachzahlung auf die Verbraucher und Verbraucherinnen zukommen? Wenn nein: Kann man die 900 bis 1 200 Versorgerinnen in den jeweiligen Bereichen dazu zwingen? Was müsste man dazu ändern? Es muss Klarheit darüber bestehen. Bei den sich täglich ändernden Preisen am Spotmarkt, dürften die Szenarien insbesondere beim Gas, aber auch beim Strom unterschiedlich sein. Man liest in den Medien fünfmal so viel, da geben manche schon auf, dann liest man mindestens zweimal so viel, da sagen manche: Vielleicht schaffen wir das noch, wenn wir das Portemonnaie zusammenhalten. – Worauf muss man sich da einstellen?

Das führt auch zu der Frage: Wenn wir Entlastungen machen, haben Sie da einen Rat für uns? Beziehungsweise auch die Frage an den Senat: Es ist richtig, zu schauen, welche Entlastungen der Bund macht. Ich bin der festen Auffassung, dass es da mehr Entlastungen als die bisher beschlossenen geben muss. Wie können Sie uns vorab informieren, dass die weiteren Entlastungen, für die wir in Berlin auch Mittel bereitgestellt haben, so konfiguriert sind, dass die wirklich die einkommensschwächsten Leute erreichen?

Das ist vielleicht eine Ansage in die Runde hier insgesamt: Wenn die Ampelkoalition im Bund das Bürgergeld auf 500 Euro erhöht und am nächsten Tag Kai Wegner im Plenum steht und sagt: Arbeiten muss sich aber lohnen –, und der Arbeitgeberpräsident sagt: Das erhöhte Bürgergeld geht gar nicht, weil die Leute dann nicht mehr arbeiten –, dann haben die beiden

einen Punkt. Dann ist die Frage, wie man es schafft, dass auch bei den Löhnen mehr Leute einen Anreiz haben, arbeiten zu gehen. Da wäre meine Frage an Sie: Erleben Sie das in der Praxis – Sie haben das Ohr ganz dicht an den Verbraucherinnen und den Verbrauchern –, dass die sagen: Ich gebe auf, ich gehe nicht mehr für 12 Euro oder irgendwas die Stunde arbeiten. Ich gehe in die Grundleistung und habe da einen Anreiz. – ? Wenn das so ist, dann muss man sich hier, glaube ich, noch ganz andere Fragen über die Löhne stellen.

Gleichzeitig muss es – und da sind Sie nicht ganz klar – Anreize zum Einsparen geben, die auch bleiben werden, und die Folgen haben werden – ob bei den Lebensmitteln oder bei der Energie, auf das Wachstum in unserem Land und bei der Frage des Wohlstands und die Frage der Beschäftigung, weil wir uns dort ändern müssen. Da will ich auch von den Fraktionsvorsitzenden der größeren Fraktionen hier in dem Haus nicht hören, dass da mit – in Anführungszeichen – künstlich steigenden Energiepreisen eine Energiewende durch die Hintertür kommt. Das habe ich im letzten Plenum gehört; das war ein Kollege einer größeren Fraktion als unserer. Das ist völlig absurd. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, und wir tun es weiterhin. Deswegen sind die Anreize zum Sparen richtig. Die müssen wir als diejenigen, die ein bisschen mehr Geld zum Leben haben als andere, geschlossen vertreten und vermitteln können, auch die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge.

Das ist auch noch eine Frage an den Senat, ob es eine Diskussion darüber gab, warum Berlin nur 10 Prozent der Energiekosten sparen will, während sich Deutschland 20 Prozent vornimmt, mit der Ansage, Berlin ist schon auf einem niedrigen Niveau. Wenn ich da einen Städte- und Metropolenvergleich mache, ist Berlin gar nicht auf so einem niedrigen Niveau. Berlin hat andere Bedingungen und Strukturvorteile. Berlin ist vielleicht nicht so energieintensiv wegen der Industrie und des Housing, weil wir andere Strukturen haben, aber jeder muss sich doch danach strecken, so viel wie möglich zu sparen.

Deswegen wäre hier meine Frage an den Senat: Inwiefern wird Ihre Verwaltung, Herr Staatssekretär, in die Fragen, wie Berlin Energie spart, miteinbezogen? Wenn ich das richtig sehe, ist das die Wirtschaftsverwaltung, und wenn ich richtig informiert bin, haben wir auch relativ wenig Leute, die im Bereich Energie- und Notfallversorgung gerade an den Notfallplänen stricken. Deswegen ist mein Appell an uns alle hier: Ich glaube, wir müssen mal ein ernsteres Wort mit unseren Wirtschaftsleuten reden. Die machen ab und zu mal eine Runde dazu im Wirtschaftsausschuss, aber wie die aktuellen Notfallverordnungen umgesetzt, kontrolliert und vollzogen werden, ist ziemlich offen. Da braucht es eine deutliche Stärkung des parlamentarischen Diskurses.

Eine ähnliche Frage habe ich auch an Sie als Verbraucherschutzzentrale – Tut mir leid! –, weil das mit allem zusammenhängt, und am Ende kommt es bei Ihnen an. Die Anregungen, dass die Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger, die Schornsteinfeger-Innung noch einmal etwas aktiver reingehen, weil die sowieso vor Ort sind, ist aus meiner Sicht sehr richtig. Vom Thermostat über das Fensterabdichten usw. sind das authentischere Personen als Politikerinnen und Politiker wie wir, die fröhlich sagen, was sie alles einsparen können, sondern eine Person, die im Kiez bekannt ist und die die Bedingungen vor Ort wesentlich besser kennt. Kann man die adressieren und in Ihre wichtige Arbeit miteinbringen – erste Frage –?

Zweite Frage: Bei der VZBV Bund steht, glaube ich, dass sie round about 800 Beraterinnen und Berater in Energiefragen haben. Das habe ich von einer Webseite; ich weiß nicht, ob das stimmt, aber ich gehe mal davon aus. Sie haben gesagt, Sie haben von eins auf drei erhöht. Ich weiß, dass das schwierig ist, aber nach meinem Verständnis sind viele Fragen der Energieschulden am Ende zivilprozessrechtliche Fragen: Kriege ich noch einmal eine Stundung? Wie kann ich eine Sperrung abwenden? Gibt es vielleicht – ich hoffe, dass sich da noch etwas bewegt – ein Sperrenmoratorium? Meine Fraktion wäre dafür, und ich bin auch dafür dankbar, dass sich die SenUMVK dafür im Bund eingesetzt hat. Das sind aber, mein Punkt, zivilprozessrechtliche Fragen, die Sie im Digitalisbereich [phonet.] oder bei irgendwelchen anderen Dauerschuldverhältnissen etc. immer wieder haben. Kann ich mit 10 Euro mehr im Monat langsam meine Schulden abstottern etc.? Das sind weniger energiepraktische Fragen. Deswegen wäre hier eine Anregung – wahrscheinlich ist es jetzt noch nicht ganz akut –, dass man dafür mehr Personal bereitstellt, um wahrscheinlich ein Massengeschehen an überschuldeten Personen zu bedienen, um möglichst eine Abwendung zu haben oder eine Sperre zu vermeiden. Das wäre doch sehr sinnvoll.

Vielleicht noch eine letzte Frage: Wie ist Ihre Erfahrung bzw. Ihre Erwartung? Sie haben schon gesagt, dass es durchaus eine Steigerung von Beratungsfällen um rund ein Drittel gibt. Haben Sie eine Evaluation Ihrer Beratungstätigkeiten, um sich ständig der Lage anzupassen? Das ist nicht leicht. Das haben wir in anderen Krisen auch gehabt, dass wir mit der Verwaltung, mit Beratung, wir als Politik uns ständig an solche Lagen anpassen, und die werden kommen, um darauf zu reagieren. Die Frage ist: Wenn es am 24. Oktober – da haben Sie Ihr nächstes Online-seminar zur Energieberatung –, einen Anmeldestand von etlichen Verbraucherinnen und Verbrauchern gibt, die vielleicht schon früher eine haben wollen, wären Sie dann so flexibel – und falls es schon Ende September richtig kalt wird, kann ja passieren –, so eine Onlinekonferenz vielleicht vorzuziehen und den Leuten Bescheid zu sagen: Wir machen eine Riesenonlinekonferenz, haben den besten Server in Berlin und 10 000 Leute können kommen –, oder ist das ein kleines, fein designtes Angebote für Leute, die sich da ohnehin schon vortasten?

Allerletzte Frage: Gab es in Ihrem Bereich aufgrund der – wie soll ich sagen – dynamischen Lage und der nicht ganz so verbraucherfreundlichen Versorger in bestimmten Bereichen des Energie- und Strommarkts auch Anzeigen Ihrerseits, Verdacht von Straftaten, die Sie an die Polizei weiterleiten, die zu Strafverfahren führen?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Lux! – Für die Menschen, die unserer Sitzung folgen, möchte ich den Hinweis geben, dass die Abgeordneten keine Redezeitbegrenzung haben, daher lasse ich das laufen. Heute haben wir Zeit, aber manchmal muss ich Kolleginnen und Kollegen darum bitten, sich kurzzufassen. Wir machen mit den Anzuhörenden weiter. Ich würde dieses Mal die Reihenfolge ändern und das Wort an Frau Jensen erteilen. – Bitte schön!

Annette Jensen (Ernährungsrat Berlin e.V.): Ich habe mir sehr viel notiert und versuche, auf alle Ihre Fragen einzugehen. Es ist ganz klar, es muss jetzt etwas Feuerwehrmäßiges passieren, und ärmere Leute müssen unterstützt werden. Die Tafeln zum Beispiel haben zurzeit nicht genug Lebensmittel. Solawis – ich weiß nicht, ob alle wissen, was Solawis sind, solidarische Landwirtschaftsbetriebe – verlieren radikal an Mitgliedern. Insofern zeichnet es sich auch beim Lebensmitteleinkauf oder der Versorgung mit Lebensmittel diese Krise ab, vor allem für den ärmeren Teil der Bevölkerung.

Dahinter steht letztendlich auch ein systemisches Problem: In Deutschland sind Lebensmittel eigentlich viel billiger als in fast allen anderen Ländern, aber das Problem ist, dass die Mieten hier so hoch sind. Hartz IV und das künftige Bürgergeld werden nicht ausreichen. Bei Hartz IV haben die Diakonie usw. immer gesagt, dass das nicht für eine anständige Ernährung nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ausreicht. Von daher denke ich, dass man diese Dinge zusammen sehen muss. Das kann nicht alles alleine hier in Berlin gelöst werden, aber ich finde es sehr wichtig, dass man das systemisch betrachtet.

Bei den Lebensmitteln brauchen wir wahre Preise, die auch die ökologischen Kosten miteinbeziehen. Wir können nicht auf Dauer sagen, dass es uns egal ist, zu welchen Bedingungen die Produzentinnen und Produzenten leben, und dass nur noch zentralistische Strukturen, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Lebensmittelversorgung bei den Konzernen stattfinden. Dass zum Beispiel die Bäckereien verschwinden, ist nichts, was jetzt erst passiert, jetzt ist das sozusagen der Todesstoß. Früher gab es Hunderte unabhängige Bäckereien und heute gibt es fast nur noch diese Ketten. Das hängt mit den Strukturen zusammen, dass es viel billiger ist und man die Produzenten besser unter Druck setzen kann, wenn man groß ist.

Es gibt viele Initiativen hier in Berlin – wie gesagt, einmal mehr empfehle ich unser Buch –: Die solidarische Landwirtschaft ist in den letzten Jahren geradezu explodiert, Tiny Farms sind entstanden oder die Regionalwert AG, um mal drei zu nennen. Das sind alles Ansätze, die noch klein sind, aber die setzen alle darauf, dass sich Produzentinnen und Produzenten und Konsumentinnen und Konsumenten zusammenschließen. Natürlich braucht es – und da braucht es wirklich Unterstützung von politischer Seite – Unterstützung, dass solche Strukturen gestärkt werden. Da braucht es auch digitale Vernetzungsmöglichkeiten usw., also einen Aufbau von neuen Infrastrukturen. Die Infrastrukturen sind alle auf das bisherige System zugeschnitten.

Da komme ich zu der Frage von Frau Seidel, die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg. Das sehen wir ganz genauso. Die muss unbedingt weiter aufgebaut werden. Es gibt auch in Brandenburg mehrere Ernährungsräte – einen für ganz Brandenburg, mehrere für die Region. Bei der Ernährungsstrategie in Brandenburg – ich weiß nicht, ob sie schon verabschiedet worden ist – sind die Ernährungsräte in Brandenburg sehr toll und vorbildlich mit einbezogen worden. Da hoffen wir, dass die Strukturen sowohl auf politischer Ebene als auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene wachsen.

Heute ist es noch so, dass 80 Prozent dessen, was in Brandenburg angebaut wird, auf den Weltmarkt geht. Die Schweine, die in Brandenburg gezüchtet werden, gehen größtenteils zu Schlachthöfen wie Tönnies usw. Diese Strukturen sehen wir überall, und nur 15 Prozent der Lebensmittel kommen laut dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung aus der Region nach Berlin. Die Nachfrage in Berlin ist eigentlich da. Gerade Kantinen können da wie ein Staubsauger wirken. Das ist auch die Ursprungsidee der Kantine Zukunft gewesen. Das Vorbild steht in Kopenhagen, und da ist genau das passiert. Die Gemeinschaftsverpflegung ist ein ganz starker Impuls gewesen, dass vielmehr Biolebensmittel in der Region angebaut und nach Kopenhagen geliefert werden.

Zu den Lebensmittelpunkten: Das Baumhaus in der Gerichtsstraße ist der erste Lebensmittelpunkt in Berlin; das Ganze ist im Rahmen FoodSHIFT 2030 entstanden. Das ist ein EU-Forschungsprojekt unter der Leitung der Kopenhagener Universität, an dem sowohl der Ernährungsrat als auch inzwischen Baumhaus beteiligt sind. Baumhaus hat sich in den letzten anderthalb oder zwei Jahren mit vielen Initiativen und Interessierten zusammengetan, um herauszufinden, wie man in verschiedenen Berliner Bezirken Lebensmittelpunkte aufbauen könnte. Lebensmittelpunkte sollen Nachbarschaftszentren sein, wo gemeinsam gekocht wird, wo es gerettete Lebensmittel gibt, wo aber auch Lebensmittel aus der Region gehandelt und verarbeitet werden, also Solawi-Abholstationen usw., und die Nachbarschaft zusammenkommt. Das Baumhaus praktiziert das schon, und es gibt ungefähr mittlerweile 15 Initiativen in verschiedenen Bezirken. Da ist richtig Musik drin; das geht voran. Der Ernährungsrat hat in einem Projekt, das heißt KoopWohl, einen Lebensmittelpunkt mit initiiert, und ab Freitag werden da zwei Wochen lang Aktionen stattfinden. Am Freitag findet die Auftaktveranstaltung statt. Natürlich können Sie auch im Internet unter Lebensmittelpunkten nachschauen, da werden Sie finden, was in Ihrem jeweiligen Bezirk schon los ist und welche Vernetzung stattfindet.

Ich finde es toll, wenn Herr Freymark auch in Schulen kochen wird. Solche Initiativen sind, denke ich, sehr zu begrüßen. Das Problem ist, dass es in vielen Schulen keine Küchen gibt, selbst in den Neubauten. Das finden wir sehr negativ, weil wir in Kopenhagen – wir konnten zu Anfang des Projekts nach Kopenhagen fahren – Schulen besucht haben, wo die Schülerinnen und Schüler mitkochen und auch das Essen mitausgeben, also ein ganz anderes Verhältnis zu Lebensmitteln entwickeln. Es gibt auch in Berlin zum Beispiel diese Ackerdemia-Schulgärten. Das sind Schuläcker, das ist eine private Initiative gewesen, die sich deutschlandweit und darüber hinaus ausbreitet. Tatsächlich Äcker anzulegen und zu sehen, wie die Möhre wächst und sie nachher auch zu probieren, ist auch für die Kinder sehr beeindruckend. Ich glaube, solche Ansätze sind extrem wichtig.

Wir haben das kostenlose Schulessen für die Grundschulen und auch in hoher Qualität. Das ist super! Was noch fehlt – Sie haben das angesprochen –, dass viel Essen weggeworfen wird.

Aus unserer Sicht – und wir haben viel recherchiert, wieder hier nachzulesen – fehlt es häufig an der Ruhe für die Schülerinnen und Schüler zu essen. Die Lehrer sind oft wie Dompteure, müssen die Kinder sehr schnell durchschleusen. Es ist keine gemeinsame Auszeit, wo die Lehrer in der Regel mitessen. Was die Qualität angeht, dass es den Kindern nicht schmeckt – das mag vorkommen, wir haben verschiedene Schulen besucht, wo das Wegwerfen eher weniger das Problem ist. Oft ist es da so, dass die Kinder in irgendeiner Form den Koch kennen, miteinbezogen sind usw. Sehr spannend finde ich eine Kita am Alex, eine ganz normale Kita, die einen Gourmetkoch angestellt hat, der wegen der Coronakrise auf Kurzarbeit war. Der kocht da jetzt. Die Kosten sind im Vergleich zum Caterer vorher nicht gestiegen. Er schmeißt keine Lebensmittel weg, das ist der Grund, warum es diese Qualität gibt, und es gibt kein Fleisch. Dieser Koch probiert auch mit den Kindern zusammen aus, wie es hinkommt, dass sie Gemüse gerne essen. Er experimentiert auch, und das können Sie auch in unserem Buch nachlesen, wie so etwas funktioniert. Ich glaube, solche Erfahrungen sollten sehr stark geteilt werden.

Als Letztes möchte ich noch einen etwas übergreifenden Gedanken teilen. Die sozialökologische Wende ist notwendig. Das Soziale und das Ökologische sind kein Gegensatz, das ist aber das Narrativ der letzten 20, 30 Jahre gewesen: Bio können sich nur die Reichen leisten, Fridays for Future sind alles Bürgerkinder usw. – Ich denke aber, wenn man sich die aktuelle Situation anschaut, ist es doch so: Die erneuerbaren Energien sind in den letzten Jahren nicht angemessen ausgebaut worden, und das ist es, was die Armen jetzt in die Bredouille bringt, dass die Gaspreise jetzt subventioniert werden müssen und nicht die erneuerbaren Energien. Das heißt, Ökologie und Soziales gehen im Prinzip sehr gut zusammen. Die Frage ist eigentlich, wie man mit dieser Situation umgeht.

Das ist eine Situation, die Sie hier in Berlin nicht lösen können, sondern die auf der Bundesebene angesprochen werden muss. Die Reichen verbrauchen viel mehr als die Ärmere, und es muss eine Umverteilung geben. Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer usw. müssten thematisiert werden. Wer verdient an den hohen Mieten? Man muss sich mal überlegen, dass die Aldi-Besitzer die reichste Familie Deutschlands sind, und die haben vor Kurzem sehr viel Ackerland in Ostdeutschland gekauft. Die Pachtpreise in Ostdeutschland gehen massiv hoch. Das hängt alles miteinander zusammen. Ich denke, das sollten wir mitbedenken. Ich kann Ihnen mitteilen, dass sich eine bundesweite Bewegung konstituiert, da sind so unterschiedliche Organisationen wie Diakonie, Fridays for Future, Greenpeace, das Armutnetzwerk, Slow Food und wir als Ernährungsrat dabei. Da geht es darum, dass eine ökologische Wende nicht möglich ist, ohne die soziale Frage anzugehen, und die soziale Frage kann nur mit der ökologischen Frage gelöst werden. Das hängt unmittelbar zusammen und sind keine Gegensätze. – Das war mein Schlusswort. Ich hoffe, ich habe die Fragen alle beantwortet.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Jensen! – Als Nächstes ist Frau Grauel an der Reihe. – Bitte!

Elisabeth Grauel (Verbraucherzentrale Berlin – Energieschuldenberatung): Herr Krestel! Sie hatten als Erstes die Fragen hinsichtlich der geplanten Stellenbesetzung und der Aufteilung der Aufgaben zur Energieberatung gestellt. Ich möchte hier kurz trennen; ich bin mir nicht so ganz sicher, ob das so klar ist. Wir haben die Energieberatung und die Energieschuldenberatung. Das hängt inhaltlich ein bisschen zusammen. Inwieweit da Stellen geplant sind, kann ich für die Energieberatung nicht sagen, aber ich kann es für die Energieschuldenberatung sagen.

Die Energieschuldenberatung ist bis Ende des Jahres noch Projekt und geht dann in den Kernhaushalt über. Das heißt, wir haben da feste Stellen.

Holger Krestel (FDP): Ich hatte nicht nach geplanten Stellen gefragt, sondern nach realisierten Stellen, also Personen, die wirklich dort beschäftigt sind.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Entschuldigung, Herr Krestel! Ich bitte um Meldung, wenn Sie etwas zu sagen haben, kein Zwiegespräch! – Frau Grauel, Sie sind dran.

Elisabeth Grauel (Verbraucherzentrale Berlin – Energieschuldenberatung): In der Energieschuldenberatung sind drei Mitarbeiterinnen beschäftigt. Diese Stellen werden in den Kernhaushalt genommen, wenn das Ihre Frage hinsichtlich der Energieschuldenberatung beantwortet.

Petra Hegemann (Verbraucherzentrale Berlin – Recht und Beratung): In der Energieberatung ist es im Moment so, dass wir zwei Kollegen haben und eine dritte Stelle nicht besetzt ist. Die ist gerade frei, das ist die Koordinatorenstelle für die Energiesparberatung. Die Energiesparberater, die aus dem Bundesprojekt finanziert werden, sind Honorarkräfte, und da sind massenhaft Honorarmittel übrig. Das kann man aber nicht in Stellen umrechnen; man kann nur sagen, dass laufend neue Energiesparberater gesucht werden, die aber nicht auf dem Markt verfügbar sind.

Ich würde direkt anschließen. Herr Krestel, Sie haben wegen der Multiplikatoren gefragt: Das ist genau die Frage, die wir uns auch stellen: Wenn muss man da eigentlich ansprechen? Das wäre ehrlich gesagt auch Aufgabe der Person, die in das Energiebudgetprojekt reingeht. Sind das vielleicht die Schuldnerberatungsstellen? Sind das die Sozialberatungsstellen? Sind das eher so Ansprechstellen wie die Tafeln, wo man die Leute trifft. Das müssen wir uns überlegen und wie man gute Veranstaltungen für die organisieren kann.

Aufstockung Standort – da noch zur Erklärung: Am Standort soll unser Vollangebot zur Verfügung stehen, also nicht nur die Energieschuldenberatung oder die Energieberatung. Es ist so, dass wir ein Konzept fertig haben. Das haben wir auch innerhalb des 100-Tage-Programms, wo das enthalten war, geschafft, aber den Standort zu suchen, dauert ein bisschen. Die Immobilien, die wir uns angeschaut haben, sind noch nicht wirklich fertig, sodass es noch ein bisschen dauern wird, bis wir einen Mietvertrag unterschreiben können, und dann muss vielleicht noch ein bisschen umgebaut werden, sodass wir eher am Ende des ersten Quartals 2023 sind. Das wäre der Stand der Umsetzung. – Habe ich damit die Frage beantwortet? – [Zuruf] – Okay, gut!

Frau Seidel! Sie haben nach der Veränderung der Arbeit seit Corona gefragt. Es hat einen wahnsinnigen Einschnitt bei uns gegeben, das kann man sich vorstellen; das hat Ihre Arbeit auch betroffen. Wir haben sehr viele Angebote entwickelt, die auch online verfügbar sind, und fahren jetzt alles parallel. Das heißt, wir haben weiterhin die Videoberatung, die E-Mail-Beratung und die telefonische Beratung, aber bieten auch die persönliche Beratung an, gehen wieder auf Stände. Corona hat es nicht vereinfacht, sondern das Angebot diversifiziert, das ist auch gut so, das macht auch Spaß, und wir erreichen damit auch viele Leute. Wir merken aber auch, dass wir trotzdem rausgehen und die persönliche Beratung anbieten müssen, weil das auch andere Zielgruppen sind, die wir damit erreichen. Wir sind froh, dass wir das wieder

können, dass es die Pandemielage erlaubt. Bei uns gilt eine FFP2-Maskenpflicht, und damit fühlen sich im Moment auch alle sicher.

GASAG: Ja, das ist eine interessante Klage; die ist eigentlich auch sehr einfach. Die GASAG hatte Ende letzten Jahres ganz viele neue Kunden, weil – ich glaube, es waren vor allen Dingen Grünstrom und Gas.de – die einfach die Belieferung eingestellt haben, übrigens ohne Insolvenz anzumelden, einfach nur so. Die Kunden fielen dann in die Ersatzversorgung, und man hat denen deutlich höhere Kosten in Rechnung gestellt, als den Kunden, die in der Grundversorgung sind. Da waren wir der Ansicht – weil es im Energiewirtschaftsgesetz auch einen entsprechenden Paragraphen gibt –, dass das so nicht zulässig ist. Deswegen ist im Prinzip das Feststellungsziel nur, dass die Kunden Anspruch auf den billigeren Grundversorgungs- und nicht den teureren Ersatzversorgungstarif hatten. Das waren 8 Cent versus 18 Cent. Von daher ist es doch deutlich mehr als das Doppelte, was die da haben wollten. Inzwischen ist das gesetzlich geändert worden. Die Kunden können auch nach Gesetz in der Ersatzversorgung teurere Tarife angeboten bekommen als in der Grundversorgung. Man kann sagen, die Klage ist noch ein Relikt.

Zugang zum Zähler – das ist genau das Problem: Einen rechtlichen Anspruch haben wir bis jetzt noch nicht gefunden. Deswegen ist es wahrscheinlich eher eine Nebenpflicht aus dem Mietvertrag, aber das wäre wichtig, weil wir den Leuten raten, regelmäßig abzulesen, dass es quasi einen freien Zugang gibt. Natürlich können die Leute ihre Hausverwaltung fragen, damit sie einen Zugang bekommen, damit sie Strom anmelden können, aber wir wollen eigentlich, dass sie jederzeit Zugang bekommen. Das haben wir bis jetzt nicht. Die Größe des Problems ist im Projekt Energieschuldenberatung mal erfragt worden.

Elisabeth Grauel (Verbraucherzentrale Berlin – Energieschuldenberatung): Dazu kann ich vielleicht kurz etwas sagen: Wir haben gemeinsam mit den Verbraucherzentralen Rheinland-Pfalz und NRW in unseren jeweiligen Bundesländern Umfragen über bestimmte Wohnungsausstattungsmerkmale gemacht. Dort ist auch der Zugang zum Zähler abgefragt worden, und in Berlin – wirklich nur Berlin – waren wir bei 20 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher, die bei uns Beratung in Anspruch genommen haben, die keinen Zugang zum Zähler haben, wo er nicht in der Wohnung und auch nicht im Keller in einem Raum, zu dem man jederzeit Zugang hat, ist. Da gibt es auch rechtlich verschiedene Gründe und Begründungen, warum diese Zähler unter Umständen nicht frei zugänglich sein sollen. Wir weisen – und da schließt sich auch der Kreis, was wir in der Beratung, um zukünftig weitere Schulden auszuschießen – darauf hin und erheben auch Zählerstände, auch über einen längeren Zeitraum, aber es ist für viele sehr schwierig, mit den zuständigen Personen in der Hausverwaltung, respektive dem nicht mehr vorhandenen Hausmeister, den man früher mal kannte – heute ist das alles outgesourct, man kennt den nicht –, das zu machen. Es ist auch nicht so, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mitgenommen werden, sondern wir haben häufig den Fall, dass man einen Zettel in die Hand bekommt, wo eine Zahl, vielleicht auch zwei, draufstehen, aber ob es mein Zähler ist, meine Zählernummer, ob es mein Verbrauch ist, der notiert ist, ist nicht klar. Auch wenn das vielleicht nur einen vermeintlich kleinen Teil der Verbraucherinnen und Verbraucher betrifft, ist es zumindest bei uns in der Beratung ein relativ hoher. Wenn man über Strategien spricht, was zu tun ist, was man vermitteln kann, dann wäre zum Beispiel unser Anliegen – auch das werden wir im Fachforum Energiearmut mit Herrn Staatssekretär Kamrad besprechen – ob und inwieweit die städtischen Wohnungsgesellschaften in so eine Aktion eingebunden werden können, um zumindest einem Teil der Verbraucherinnen und

Verbrauchern diese Möglichkeit einzuräumen, und zwar so, dass sie keine Bittsteller sind, und dass sie auch nicht um einen Termin betteln müssen, sondern dass das zumindest in diesem Rahmen für alle so geregelt ist, dass sie den Ansprüchen, die an die Verbraucherinnen und Verbraucher hinsichtlich der Kontrolle ihres Verbrauchs gestellt werden, nachgehen können.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Grauel! – Frau Hegemann, wollen Sie noch etwas hinzufügen? – Bitte schön!

Petra Hegemann (Verbraucherzentrale Berlin – Recht und Beratung): Entschuldigen Sie, Herr Altuğ, das tut mir leid, dass wir hier einen kleinen Protokoll-Fauxpas begangen haben! Zum mobilen Angebot gab es noch eine Frage, dass es erhalten bleiben soll. Das wird auch so sein. Das werden wir erhalten. Es kann nicht ausgeweitet werden, aber es wird sich dann auf andere Quartiere erstrecken. Da ist der Stand, dass wir das ab nächstem Jahr nahtlos weiterführen können. Wir müssen nur neue Kooperationspartner finden.

Stellungnahme zur Anfragelast: Es ist wird deutlich mehr. In der Energierechtsberatung merken wir die erhöhte Anfragelast, wenn unsere Termine ganz schnell ausgebucht sind, dann kommen die Kolleginnen, und es werden neue Terminalschienen eröffnet. Da merken wir das, weil wir in der Energierechtsberatung immer noch sehr viel mit Primastrom und Voxenergie zu tun haben, jetzt zusätzlich die Preiserhöhungsschreiben eingehen und wir damit mit einer erhöhten Last konfrontiert sind. In der Energieschuldenberatung gibt es auch eine deutlich erhöhte Anfragelast, die im Moment noch bewältigt werden kann.

„ZuHaus in Berlin“ – da war die Frage, ob es sinnvoll wäre, das auszuweiten. Auf jeden Fall! Man kann sagen, dass dieses Projekt als Hauptziel hatte, Ein- oder Zweifamilienhausbesitzerinnen und -besitzer zu sensibilisieren, was man in Richtung Klimaschutz bzw. Energiesparen machen kann, was Hand in Hand geht. Man kann sagen, dass man die Frage vor neun Monaten noch deutlicher mit ja hätte beantworten können, weil inzwischen die Leute auch ein bisschen selbst auf die Idee kommen, aber gerade die Idee, vielleicht auch andere Zielgruppen anzusprechen, halte ich auch für sinnvoll. Da könnte man näher ins Gespräch kommen.

Frau Haußdörfer! Sie haben die Frage gestellt, wie der Spagat zwischen höheren Preisen, Lebensmitteln und Energie gelingt. Das ist eine schwierige Frage, vielleicht eher weniger in meine Richtung, aber die Kollegin aus dem Lebensmittelbereich hatte gesagt, dass es eine Forderung gibt, die wir als Verbraucherzentralen haben, die vielleicht helfen würde, und das wäre die Senkung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte, die zu einer Entlastung bei den Lebensmittelpreisen führen würde.

Wie kann man die Verbraucher erreichen? – Das ist ein Dauerthema bei uns. Natürlich arbeiten wir schon länger mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zusammen, zum Beispiel auch mit dem Projekt, das Herr Kamrad mit dem TBB vorgestellt hatte. Das ist ein laufendes Thema, auch die Stadtteilmütter. Wir sind im regelmäßigen Austausch mit anderen Organisationen, die direkt an Verbraucherinnen und Verbrauchern dran sind, und versuchen, ins Gespräch zu kommen. Wir sind aber auch immer für Vorschläge und Ideen offen. Wenn es Organisationen gibt, die sagen, sie würden gerne eine Schulung zu einem bestimmten Thema haben, dann können Sie die gerne an uns verweisen.

Sie haben zur Seite „Berlin spart Energie“ gesagt, dass wir da prominenter verlinkt werden sollten. Da müssten wir wissen, an wen wir uns wenden können, dann würden wir darum bitten. Wir haben auf der Webseite auch eine eigene Landing Page gemacht, wo alle unsere Angebote zum Thema Energie zusammengefasst sind und sich Verbraucherinnen und Verbraucher, die gut strukturiert sind, schnell einen Überblick verschaffen können. Wir wissen, dass wir damit nicht alle erreichen, aber schon eine große Gruppe.

Herr Lux! Sie hatten sich gewünscht, ob man vielleicht die Belastung vorausberechnen könnte. Ich kann es nicht. Ich glaube, es ist wirklich schwer. Sie haben selbst gesagt, alle 15 Minuten wird auf dem Spotmarkt ein neuer Preis ermittelt. Das würde mich jetzt überfordern.

Bei dem Rat für die Entlastung: So wie ich das verstanden habe, werden die Sachen, die im Moment an Entlastung diskutiert werden – es gibt ja aus dem Bund die Entlastungen –, im Prinzip ohne bestimmte Voraussetzungen gezahlt, wo es bestimmte Gruppen gibt, die bestimmte Leistungen erhalten. Wenn man darüber hinausgehende Entlastungen macht, weiß ich nicht, wie es geplant ist, ob man es nachrangig zu den Sozialleistungen macht. Wichtig wäre dann aus unserer Sicht, dass die Ämter, die damit beschäftigt sind, die Sozialleistungen zu prüfen, so auskömmlich ausgestattet sind, dass sie das auch zügig machen können. Da dauert es manchmal noch sehr lange. Das ist jetzt nicht der richtige Ausschuss, aber das wäre etwas, wenn man sagt, die Leute kommen schnell in so eine Situation, dass sie vielleicht schnell eine Übernahme bräuchten, dass da ein bisschen Tempo reinkommt.

Die 800 Berater, die auf der VZBV-Seite unseres Bundesverbands genannt sind, sind die Energiesparberater. Vielleicht noch einmal – Frau Grauel hat es schon getrennt –: Die Energiesparberatung ist ein Projekt, was hauptsächlich vom Bund finanziert wird. Wir haben da einen kleinen Anteil mit „ZuHaus in Berlin“, also hier aus Berlin. Wir haben aber die Energieschuldenberatung, die von hier finanziert wird, und die Energierechtsberatung, die wir sozusagen als eine Sonderberatung aus unserem Kernhaushalt, aus der Rechtsberatung heraus entwickelt haben und worauf sich die Beraterinnen und Berater spezialisiert haben. Sprich: Die haben mit den 800 Beratern nichts zu tun. Deswegen ist es nur Teil der Rechtsberatung.

Einfach eine Stundung beantragen, finde ich auch, hört sich eigentlich leicht an. Man schreibt den Versorger an und sagt: Hier liegt eine Verschuldung vor. Wir wollen eine Ratenzahlungsvereinbarung oder eine Stundung machen –, aber leider sind die Versorger nicht so flexibel – das könnte Frau Grauel besser erklären, das könnte man vielleicht noch bilateral erzählen –, dass man das mit einem Schreiben erledigt hätte. Außerdem ist es so, dass wir uns im Moment in eine Situation hineinbewegen, wo wahrscheinlich nach der Preiserhöhung jeden Monat wieder ein hoher Abschlag kommt. Wir haben keine Verschuldungssituation, die irgend-

wie entstanden ist, und im Moment kann ich es wieder bezahlen, sondern das ist eine Situation, die sich auch in die Zukunft fortsetzt. Wir versuchen auch, die gut strukturierten Verbraucher mit Angeboten zur Hilfe zur Selbsthilfe zu versorgen, das ist klar. Das hat den größten Hebel.

Einleitung von Strafverfahren: Wir haben die Firmen Primastrom und Voxenergie bei der Bundesnetzagentur gemeldet. Das war ein sehr schwieriger Prozess, dort ein Verfahren anzustrengen. Da mussten wir erst einmal 200 Beschwerden selbst liefern, obwohl sich bei der Bundesnetzagentur schon sehr viele beschwert hatten. Es ist jetzt aber auch dazu gekommen, dass die Bundesnetzagentur das gerügt hat und ein Zwangsgeld ausgesetzt hat. Da ging es um eine ganz bestimmte Preiserhöhung im Dezember, aber die Unternehmen machen weiter. Ob das wirklich ein strafwürdiges Verhalten ist, können wir nicht beurteilen. – Vielen Dank! Ich hoffe, ich habe alles, ansonsten bitte ich um Rückfrage.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Hegemann! – Ich nehme an, dass die Senatsvertretung auf weitere Punkte eingehen möchte, deswegen erteile ich Herrn Staatssekretär Kamrad das Wort. – Bitte!

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK): Vielen Dank! – Ich versuche, die Fragen, die ich als an uns gestellt explizit vernommen oder rausgehört habe, zu beantworten. Ich kann mit der Frage der Ausweitung des mobilen Angebots im Osten der Stadt einsteigen. Da hat Frau Hegemann schon die richtigen Worte gefunden, dass wir das aufrechterhalten und es eventuell Verschiebungen mit dem dann festen Standort gibt, weil dann die flächendeckende Abdeckung sicher ist. Für den nächsten Doppelhaushalt vermag ich da ehrlich gesagt keine Ankündigungen zu machen, außer dem Hinweis, dass diese mobilen Beratungsangebote sehr hilfreich sind. An der Stelle vermag ich Ihnen nicht in Aussicht zu stellen, dass wir das um den Prozentsatz X ausweiten werden und da unsere Haushaltsgespräche vorwegnehmen. Grundsätzlich ist es aber im Interesse des Senats, dass wir möglichst an vielen Stellen dieser Stadt, unabhängig von Ost- oder Westteil, Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher vorhalten. Insofern begrüßen wir jeden Ausbau von Beratungsdienstleistungen in dieser Stadt – das vielleicht dazu.

Die Frage der Evaluation der Kantine Zukunft ist der Punkt, an dem ich mit Erlaubnis an unseren Abteilungsleiter Herrn Tielke weitergeben würde.

Markus Tielke (SenUMVK): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine in sich abgeschlossene Evaluation des Projekts Kantine Zukunft haben wir noch nicht. Wir haben aber das Projekt Kantine Zukunft seit Beginn sehr engmaschig begleitet. Es gab regelmäßige Treffen; alle drei Monate hat uns die Kantine Zukunft über den Fortschritt berichtet. Dazu gab es anlassbezogen auch kurzfristige Zusammentreffen, und, und, und. Wir sehen, dass das Angebot der Kantine Zukunft sehr gut angenommen wird. Die Nachfrage nach dieser Beratungsdienstleistung besteht. Es sind alle wesentlichen Schritte der Kantine Zukunft abgesprochen worden. Der Förderbescheid läuft aktuell bis 2023, und wir werden das alles, was wir schon haben, im Laufe des Jahres 2023 auch in eine formale Evaluation überführen, aber sind sehr positiv gestimmt, dass wir das Projekt weiterführen können.

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK): Ich würde gerne wieder übernehmen. Zu der nächsten Frage von Frau Seidel zu den Lebensmittelkontrolleuren und den Bezirken: Grund-

sätzlich ist – wenn man das über die ganzen Vetlabs betrachtet – die Ausstattung der Veterinär- und Lebensmittelämter, die liegen in einem Amt, in den letzten Jahren verbessert worden. Das hat sich seit 2020 noch einmal verbessert. Seit Januar 2020 konnten wir die Stellen um etwa 6,8 Prozent, auf die Veterinär- und Lebensmittelaufsicht in Gänze bezogen, weiter steigern. Das hat sich steigend verbessert. Nichtsdestotrotz gibt es weiterhin die Lücke zu den 293 Stellen, die im Rahmen des Projekts Umsetzung des Gesundheitsdienstgesetzes im Jahr 2010 ermittelt wurde. Das heißt, sie ist noch nicht geschlossen. Wir haben aber, wie gesagt, in den letzten Jahren eine positive Tendenz, wobei man anmerken muss, dass sich insbesondere die Anzahl der offenen Stellen im Stellenplan leider deutlich erhöht. Das heißt, wir haben Stellen geschaffen, aber nicht in allen Fällen ist es gelungen, diese zeitnah ausreichend zu besetzen. Das ist von Bezirk zu Bezirk sehr unterschiedlich.

In dem Zusammenhang gibt es eine Debatte über die Frage, ob insbesondere die Lebensmittelkontrolleure adäquat bezahlt sind. Da gibt es auf der Bundesebene einen Prozess zwischen Bund und Ländern mit der Frage, ob man die Lebensmittelkontrollorsverordnung in der Art und Weise anpassen kann, dass es eine Gleichstellung mit dem Bachelor gibt, was zu einer besseren Vergütung führen würde, was ein sehr hilfreicher Schritt für die Bezirke bei der Besetzung offener Stellen wäre. Grundsätzlich ist es so, dass in den letzten Jahren die Zahl der Stellen in diesen Bereichen ausgeweitet wurde. Ich möchte allerdings auch darauf hinweisen, dass das nur mittelbar etwas ist, was unsere Senatsverwaltung beeinflussen kann, weil die bezirklichen Stellen von den Bezirken besetzt werden. Der Senat stellt dafür Stellenkontingente zur Verfügung, die die Bezirke in ihrer Verantwortung besetzen oder nicht besetzen. Das hat etwas mit individueller Schwerpunktsetzung einzelner Bezirke zu tun. Grundsätzlich gebe ich Ihnen recht, wenn die Frage dorthin tendieren sollte, dass die bezirkliche Veterinär- und Lebensmittelämter stärkungswürdig sind, um es so zu formulieren, und da auch trotz des Aufwuchses der letzten Jahre noch mehr passieren kann und sollte.

Sie hatten etwas zur Kooperation Berlin-Brandenburg gesagt: Da möchte ich darauf hinweisen – den Punkt hatte ich in meiner Einleitung kurz gebracht –, dass Brandenburg an der Erarbeitung von Siegeln arbeitet. Das könnte aus meiner Sicht – und da kann ich bei Frau Jensen anknüpfen – ein gangbarer Weg sein, um die Kooperation in Sachen Ernährung zwischen Berlin und Brandenburg zu stärken, weil es dann für Berlin leichter wird, im Rahmen unserer Gemeinschaftsverpflegung brandenburgische oder grundsätzlich regionale Produkte zu integrieren. Das würde die Anreize für die Brandenburger Erzeugerinnen und Erzeuger steigern, für den Berliner Markt anzubauen.

Dann gab es die Frage zum Ernährungscampus und der Weiterentwicklung: Frau Jensen vom Ernährungsrat hatte schon angedeutet, dass wir im Moment dabei sind, eine Förderung zu ermöglichen, die eine weitere Detaillierung und Spezifizierung des Konzepts für einen Ernährungscampus ermöglichen würde. Darauf müsste man dann Machbarkeits- und Umsetzungsstudien aufsetzen.

Herr Freymark! Ich weiß es gar nicht, ob es mir ansteht, Abgeordnete zu tadeln – tut es nicht –, insofern weise ich zart und dezent darauf hin, dass ich in meinem Eingangsstatement darauf hingewiesen habe, dass wir den Stromsparcheck der Caritas ab dem 1. Oktober um 65 000 Euro in diesem Jahr und um 200 000 Euro im nächsten Jahr finanziell stärken konnten. Das dient dem Aufbau eines neuen Standorts in Lichtenberg. Ich möchte an der Stelle aber auch, anschließend an die Verbraucherzentrale, sagen: Ja, wir freuen uns über mehr Mittel in der

Verbraucherinnen- und Verbraucherberatung. – Das Problem, was die Kollegin damit angesprochen hat, ist, dass wir dann – da bin ich wieder beim Skalieren – nicht von den Trägerinnen und Trägern erwarten können, dass sie in Minutenschnelle weitere Stellen aus dem Boden stampfen. Da müssen wir ihnen behilflich sein, da arbeiten wir alle zusammen an Lösungen, und da habe ich mich auch gefreut, dass die VZ heute ein paar Ideen mitgebracht hat.

Die Frage, ob wir uns einen Brief vorstellen könnten: Ich hatte schon angedeutet, dass wir einen Teil der Mittel für eine Informationskampagne abgespalten haben. So ein Brief ist etwas, worüber wir gerne nachdenken können. Wir haben keine konkreten Beschlüsse, aber die Anregung nehme ich sehr gerne mit, um es einmal so zu formulieren.

Die Anregung zu den Kitas und Kochen: Wir sind gerade im Gespräch mit der Bildungsverwaltung wie wir unsere Angebote verzahnen können, weil die von uns finanzierten Ernährungsangebote für Kinder immer dann am besten funktionieren, wenn wir sie in den Kontext Kita und Schule integrieren können.

Zur Frage der Webseite: Das nehme ich ausgesprochen gerne mit. Wir stehen da in Gesprächen mit der Senatskanzlei bezüglich der Verlinkung auf Verbraucherangebote und auf Angebote, die unsere Behörde erarbeitet. Den Hinweis nehme ich gerne mit, dass wir da um eine Priorisierung des Verbraucherschutzanliegens im Rahmen dieses Portals nachsuchen.

Zur Frage der Entlastung der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner: Da muss ich leider passen. Das halte ich für ein berechtigtes Anliegen, aber da fühle ich mich fachlich nicht berufen, eine fundierte Antwort zu geben.

Dann möchte ich noch eine kleine Bemerkung zu dem Problem der Lebensmittelabfälle und Lebensmittelverschwendung beim Schulessen machen. Das ist ein Problem. Das ist, wenn man so will, auch ein bisschen die zu bearbeitende Seite dessen, dass das Schulessen in Berlin kostenlos ist. Da muss man gewisse Anreize setzen, dass die Menschen, wenn sie das Essen nicht in Anspruch nehmen, das kundtun. Der Senat und die Stadt Berlin arbeiten gerade an entsprechenden Konzepten, wie man beispielsweise über effizientere Abmeldungen über Digitalverfahren es so hinkommt, dass die Schulen die Zahl der Essen, die auch wirklich abgerufen werden, exakter kalkulieren können und dass es nicht zu Überschüssen kommt, weil irgendjemand vergessen hat, Bescheid zu sagen, dass er das Essen am jeweiligen Tag nicht in Anspruch nehmen wird. Zur Frage, ob das mit Qualität und Zeit zusammenhängt, kann ich nichts sagen, aber woran wir arbeiten können, ist, dass die Kalkulation besser wird, dass die Schulen möglichst genau die Essen anbieten, die dann auch nachgefragt werden.

Bei der Lebensmittelverschwendung muss man sagen, dass wir eine Untersuchung gefördert haben. Schon bei wenigen ausgewählten Schulen waren das signifikante Summen. Da ist im Bereich Lebensmittelverschwendung Potenzial, wo wir, glaube ich, alle zusammen noch ein bisschen was verbessern können. Da ist ein erster Schritt, die Meldeprozesse zu verbessern, damit man klarere Aussagen hat, an wie vielen Essen man wirklich Bedarf an dem Tag hat.

Zu der Frage von Herrn Lux, wie viel Energiesparen sich Berlin vornehmen sollte, ist es richtig, dass die Federführung bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe liegt. Der Vorschlag mit den 10 Prozent ist im Senat konsentiert, und es ist ein Mindestvorschlag. Die Frage ist am Ende – und das ist die relevantere Frage –, wie viel Energie Berlin

wirklich einspart. Da sollten wir uns alle zusammen vornehmen, dass wir das noch ein bisschen nach oben drücken. Das wäre aus Sicht insbesondere meiner Verwaltung ausgesprochen begrüßenswert, und wir werden das Unsere tun, um mit operativen und umsetzbaren Vorschlag beizutragen, weil letztendlich sind es in die Realität umgesetzten Vorschläge, die die echten Energieersparungen in dieser Stadt ausmachen werden.

Abschließend möchte ich zu zwei aufgerufenen Punkten, die Stromsperrungen und die Frage der Senkung der Mehrwertsteuer, anmerken, dass sich Berlin im Rahmen der letzten Verbraucherschutzministerkonferenz zu beiden Themen Anträgen angeschlossen bzw. entsprechende Änderungsanträge eingebracht hat, um beide Themen politisch weiterzutreiben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Kamrad! – Gibt es weitere Wortmeldungen zu den Themen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen als Vertreterinnen der Verbraucherzentrale und des Ernährungsrats im Namen des Ausschuss ganz herzlich danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. Dann schlage ich vor, die Besprechungen zu Tagesordnungspunkt 3 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht da Einverständnis? – Danke, dann verfahren wir so.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.